

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
L. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Haus“.
Geschäftstags: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 55431.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 M.-Pfg., für einen Monat 1.70, zusätz-
lich 30 M.-Pfg. Traglohn. Durch die Post bezogen M.-P. 2.30, zusätzlich 42 M.-Pfg. Bestellgeld. —
Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten.
— In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Besteller keinen Anspruch
auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Ortsliche Anzeigen 20 M.-Pfg., auswärtige Anzeigen 30 M.-Pfg., örtliche Reklamen
M.-P. 1.—, auswärtige Reklamen M.-P. 1.50 für die einseitige Kolonelleile oder deren Raum.
— Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr
übernommen. — Schluß der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vormittags. Höhere Anzeigen müssen
spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenanzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Nassaus.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Nr. 294.

Mittwoch, 26. Oktober 1932.

80. Jahrgang.

Nach dem Leipziger Urteil.

Undurchsichtige Lage. — Keine Entscheidung vor dem 6. November?

Die Reichsregierung wartet ab.

as. Berlin, 26. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) In Berliner politischen Kreisen gibt es
zurzeit kein anderes Gesprächsthema, als das Leipziger
Urteil. Vor allem steht die Frage im Vordergrund, wie
sich dieses Urteil praktisch auswirken wird.
Um es vorweg zu nehmen, ganz klar und einwandfrei
läßt sich diese Frage noch nicht beantworten. Im allge-
meinen wird angenommen, daß der unmögliche
Zustand, der durch das Urteil geschaffen worden ist,
bis nach dem 6. November dauern dürfte. Hatte die
Regierung von Papen mit ihren mannigfachen
Maßnahmen eine Vereinfachung der Verwaltung er-
reicht, so ist jetzt zunächst wenigstens das Gegenteil
erreicht.

Nach dem Leipziger Urteil gibt es in Berlin
glücklich drei Regierungen: Die Reichsregierung,
den Reichskommissar und die alte preussische Re-
gierung.

Der Reichskommissar hat alle Befugnisse der Exekutive,
ohne das Recht der Vertretung Preußens im Reichsrat,
im Landtag, im Staatsrat, gegenüber dem Reich und
den anderen Ländern zu besitzen. Das alte preussische
Ministerium hat alle diese Rechte, aber keine amtlichen
Befugnisse. Daß dieses Nebeneinander für längere
Zeit einfach unmöglich ist, liegt auf der Hand. Denkbar
wäre natürlich ein Kompromiß, aber bei der Ein-
stellung der streitenden Parteien ist es schwer, zu über-
sehen, ob ein solches Kompromiß zustande kommt. Zu-
nächst wird heute vormittag die alte preussische Re-
gierung zur Beratung zusammentreten, wobei hinzugefügt
sein mag, daß die Einladung zu dieser Sitzung schon vor
mehreren Tagen erging, als nämlich feststand, daß
das Urteil des Staatsgerichtshofes am Dienstag ver-
funden würde. Verzichtet die alte preussische Regierung
nicht auf die Rechte, die ihr das Urteil läßt, vor allem
nicht auf das Recht, Preußen im Reichsrat zu ver-
treten, so

sind damit alle Kombinationen der Regierung
Papen, den Reichsrat für die Verfassungs- und
Rechtsreform zu benutzen, hinfällig.

Man hört denn auch jetzt schon, daß der Reichsrat vor
der Reichstagswahl, also vor dem 6. November, über-
haupt nicht mehr zusammentreten wolle. Nun ließe sich
der Konflikt selbstverständlich durch die Wahl eines
neuen preussischen Ministerpräsidenten aus der Welt
schaffen. Es wird denn auch schon von geheimen Ver-
handlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten
gesprochen, aber es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß vor
der Reichstagswahl irgendeine Entscheidung in dieser
Richtung fallen wird. Daher ist also auch dieser Weg
zunächst kaum gangbar. Im übrigen ist es charak-
teristisch, daß in Kreisen, die der Regierung Papen nahe-
stehen, erklärt wird, wenn eine neue preussische Re-
gierung gewählt werde, so müsse sie auch in der Lage sein,
wirkliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Dazu,
so wird hinzugefügt, sei es aber — und das sei auch in
Leipzig anerkannt worden — nötig, daß Reichs- und
Preußenregierung gleichartig zusammengesetzt seien.

Die Reichsregierung ihrerseits steht auf dem
Standpunkt, zunächst einmal die weitere Entwid-
lung abzuwarten, und der Kanzler selbst scheint
ein Kompromiß vorerst nicht zu erstreben.

Jedenfalls wird in Regierungskreisen immer wieder
unterstrichen, die Einheitlichkeit der Verwaltung müsse
unter allen Umständen gewährleistet werden. Würde
diese Einheitlichkeit gestört, so würde das nach Ansicht
der Reichsregierung eine neue erhebliche Gefährdung
der Ruhe und Ordnung darstellen, das heißt mit
anderen Worten, man würde die Möglichkeit für eine
neue Notverordnung sehen. Von der Reichsregierung
wird mit Nachdruck unterstrichen, daß eine neue Ab-
grenzung der Befugnisse des Reichskommissars und der
alten Regierung notwendig ist. Wie diese Abgrenzung
ausfallen soll, steht noch nicht fest. Auch hier bleibt der
Notverordnungsweeg offen. Von Rechtskreisen wird
von der Regierung empfohlen, unter keinen Umständen
nachzugeben, sondern den bisherigen Weg fortzusetzen.
So erklärt auch heute die „Deutsche Allgemeine Zei-
tung“, es sei gänzlich gleichgültig, was das Kabinett
Braun beschließe. Für die Regierung von Papen
sind die Dinge so.

entweder die Reichsregierung weiche zurück, und
lasse ihre gesamte Autorität aufs Spiel, oder aber
sie gehe vorwärts.

Alle Hochachtung“, so heißt es zum Schluß dieses Kom-
mentars, „vor der Unabhängigkeit des höchsten Ge-
richts, die niemals zur Diskussion stand und auch heute

nicht zur Debatte steht. In der praktischen Politik sehen
die Dinge anders aus und es geht nur um eins, um
Niederlage oder Erfolg. Die Reichsregierung hat die
Wahl.“ Ob die Reichsregierung dieser Aufforderung
folgt, bleibt natürlich abzuwarten. Im ganzen kann
man nur feststellen, daß durch das Leipziger Urteil die
Lage erheblich kompliziert wurde. Das er-
gibt sich auch schon daraus, daß jetzt die Frage auftaucht,
ob die Übertragung der Preussentasse auf das Reich nach
dem Leipziger Urteil zu Recht besteht. Hierzu erklärt
man nun in Rechtskreisen, diese Angelegenheit werde
durch das Leipziger Urteil gar nicht berührt, denn die
Preussentasse sei nicht auf Grund der Einlegung des
Reichskommissars, sondern auf Grund einer besonderen
Notverordnung des Reichspräsidenten umgebildet wor-
den. Politisch versucht man im übrigen, links wie rechts,
aus dem Urteil Kapital für den Wahlkampf
zu schlagen. Infolgedessen kann man auf der linken
Seite, das Urteil richte sich gegen Papen, ja man spricht
ganz offen von einer Niederlage des Reichskanzlers. In
Kreisen, die der Regierung nahestehen, unterstreicht
man stark diejenigen Teile des Leipziger Urteils, die
der Reichsregierung recht geben. Dem Reichspräsidenten
selbst wurde über das Leipziger Urteil und seine Weiter-
wirkungen gestern nachmittag bereits vom Staatssekretär
Meißner Vortrag gehalten.

Die preussische Regierung wird ihre Rechte
ausüben.

Eine Erklärung des preussischen Staatsministeriums.

Berlin, 26. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Das Büro
des preussischen Staatsministeriums veröffentlicht fol-
gende Mitteilung: Das preussische Staatsministerium
trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Minister-
präsidenten Dr. Braun zu einer Sitzung zusammen.
Sämtliche Staatsminister waren anwesend und die Ver-
treter Preußens im Leipziger Prozeß erläuterten Be-
richt über die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes.
Die durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ge-
schaffene Lage wurde im einzelnen erörtert. Minister-
präsident Braun stellte als einheitliche An-
sicht des Staatsministeriums fest, daß das Staats-
ministerium die Entscheidung des Staatsgerichtshofes
als maßgebende und zur Entwirrung der
Lage geeignete Grundlage betrachte. Das
Staatsministerium hat danach nicht nur das Recht,
sondern auch die Pflicht, die Befugnisse aus-
zuüben, die ihm nach der Entscheidung weiterhin zu-
stehen. Die Staatsregierung wird diese Befugnisse im
Sinne möglichst reibungsloser Zusammen-
arbeit mit den anderen verantwortlichen Stellen
ausüben und sich dabei lediglich von dem Interesse des
Reiches und des Landes leiten lassen. Ministerpräsident
Braun wird heute nachmittag im großen Saal des
Wohlfahrtsministeriums die Presse empfangen.

Die Gehorsamspflicht gegenüber dem
Reichskommissar bleibt bestehen.

Eine Anweisung an die Behörden.

Berlin, 26. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Wie wir von
ununterrichteter Seite erfahren, wird der Reichskommissar für
Preußen noch im Laufe des heutigen Tages eine Anwei-
sung an die unterstellten Behörden geben, in der die
Frage der Gehorsamspflicht gegenüber dem
Reichskommissar klargestellt wird. Es wird darauf verwiesen,
daß auch nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes die Ge-
horsamspflicht der preussischen Beamten gegenüber dem
Reichskommissar einwandfrei festgestellt worden ist.

Reichsrat erst nach den Wahlen.

Umfangreicher Beratungskreis angestellt.

Berlin, 26. Okt. Nachdem nunmehr das Urteil des
Staatsgerichtshofes im Preußenkonflikt ergangen ist, ist die
Frage aufgeworfen worden, wann die nächste Voll-
sitzung des Reichsrates stattfindet, der angesichts der bis-
herigen ungeklärten Lage wegen der Vertretung Preußens
seit längerer Zeit nicht mehr zusammentreten war. In
dieser Woche ist mit einem Zusammentritt
des Reichsrates nicht mehr zu rechnen, und auch
in der nächsten Woche wird mit Rücksicht auf die unmittelbare
 bevorstehende Reichstagswahl eine Vollsitzung kaum noch
stattfinden. Obwohl sich inzwischen umfangreicher Be-
ratungskreis angestellt hat, wird der Reichsrat
wahrscheinlich erst in der auf den 6. November folgenden
Woche zusammentreten. Dagegen sind, wie bereits bekannt,
die Reichsratsausschüsse zur Beratung der Rundfunkrich-
tungen für die nächste Woche einberufen worden. In dieser
ersten Sitzung nach der Leipziger Entscheidung wird also die
Frage der Vertretung Preußens im Reichsrat auf Grund
des Urteils des Staatsgerichtshofes erstmalig aktuell werden.

Politische Willensbildung.

Während es im allgemeinen in der Absicht der
Reichsregierung liegt, eine gewisse Zurückhaltung zu be-
wahren und nicht überflüssig in den Wahlkampf einzu-
greifen, hat es Reichskanzler von Papen doch für
notwendig erachtet, sich auf der Tagung der Berliner
Handwerkskammer mit seinen Kritikern auseinanderzu-
setzen. Erwähnt hat er in diesem Zusammenhange nur
den Führer des deutschen Zentrums, den Prälaten
Kasas. Wenn man aber sehr genau nachforscht, wird
man sofort erkennen, daß es eine Generalabrechnung
mit den Parteien selber war. Seine vernichtende Kritik
an den Parteien trifft sich mit der Hitlers. Wenigstens
bis zu jenem Zeitpunkt, da aus der nationalsozia-
listischen Bewegung etwas parteiähnliches geworden ist.
Und hier scheint uns das Problem als solches zu liegen.
Der Reichskanzler sprach von dem Schutt, der sich zwölf
Jahre lang angesammelt hat, er verdammt das Partei-
wesen in Grund und Boden und machte, zweifellos nicht
ohne innere Berechtigung, die Parteibureaucratie zur
eigentlichen Angeklagten. Was er im wesentlichen dar-
legte, ist nur zu begreifen, wenn man auf dem Boden
der Staatsautorität und der Regierung durch den
Reichspräsidenten steht. Alles, was der Reichskanzler
von Papen erstrebt, ist nur durchführbar, solange der
Reichstag sich selber ausschaltet, und falls nicht — und
daran dürfte er ernstlich wohl auch nicht glauben —
eine Mehrheitsbildung möglich wäre, die Staatsgefühl
genug besitzt, um ohne Angst vor Wählerverlusten ihren
Weg geradeaus zu nehmen.

Psychologisch ist vielleicht diese Rede die bemerkens-
werteste, die von Papen überhaupt gehalten hat,
weil sie die ganze Problematik unserer Zeit bis auf die
Nervenzstränge bloß legt. Niemand hat es gesehen hat
keine Erklärung erregt, daß wir für die Frage der
Staatsform keine Zeit hätten, wir hätten andere Sor-
gen. Damit wird wohl den Gerüchten ein Ende be-
reitet, die auch ihn persönlich mit gewissen Spielereien
zusammenbringen. Daß sie betrieben worden sind,
unterliegt keinem Zweifel. Namen, die in der Öffent-
lichkeit damit verbunden wurden, stehen fest, ohne daß
Dementis erfolgten. Reichskanzler von Papen aber
zieht hier mit Recht deutlich Grenzen, denn das ist nicht
das wesentliche. Es ist schließlich nur das Gefühl und
hat mit dem Inhalt herzlich wenig zu tun. In guten
Zeiten kann man sich über solche Fragen auseinander-
setzen. In diesen Jahren aber kommt alles darauf an,
die Maschinerie überhaupt noch in Gang zu halten.
Deshalb war es notwendig, diesen Gerüchten entgegen-
zutreten. Unterstreichen möchten wir die Erklärung des
Kanzlers, daß wir unsere Freiheit in der Wahl der
Staatsführung vom Auslande nicht antasten lassen.
Man hat vielfach in der deutschen Presse die Meinung,
hüben wie drüben, fremde Politiker und Zeitungen als
Kronzeugen aufmarschieren zu lassen. Das ver-
nicht mit unserer Selbstachtung. Ob Mussolini von
der nationalsozialistischen Bewegung abfällt, ob Leon
Blum uns Ratschläge erteilt, muß uns genau so gleich-
gültig sein wie Äußerungen führender Engländer.

Was an der Rede des Kanzlers bedenklich ist, ist
etwas, was auch seinem Willen entzogen ist. Seine
Staatsführung läßt sich nur mit Erfolg durchführen, so-
lange an der entscheidenden Stelle Hindenburg
steht. Nur diese Persönlichkeit ist imstande, Garant
des nationalen Willens zu sein. Vorläufig genießen
wir ja noch das Glück, die Präzidentenschaft in seinen
Händen zu wissen. Wer aber die Persönlichkeit kennen ge-
lernt hat, die bei der unsinnigen Meldung von seinem
Unfall in Berlin entstand, der weiß, daß dieses System
mit ihm steht und fällt und daß niemand — mag er
sein wer will — in der Lage sein wird, einer Regierung
diesen Rückhalt zu gewähren.

Deshalb erscheint es uns die Aufgabe des Kanzlers
zu sein, nicht nur sein Verdammungsurteil über die
Parteien zu fällen, das wir durchaus teilen, sondern
Wege einzuschlagen, die auf verfassungsmäßiger Grund-
lage die Erreichung neuer Ziele ermöglichen. Papen
sagte, es sei an der Zeit, daß die zur Führung der Ge-
sinnungsparteien Berufenen endlich einmal die indivi-
duelle politische Willensbildung wieder herstellen und
sie vor dem Totschlag durch eine sterile Majorisierung
oder noch unfruchtbarere Parteibureaucratie retten. Da
er sich ausdrücklich auf die Volksrechte festlegt, hat dieser
Appell den Sinn, die Verantwortungen zu retten, die
augenblicklich sanft entschulmet sind. Auch darin stim-
men wir ihm zu. Nur möchten wir unsere künftig aus-
gesprochene Warnung wiederholen, eine Verfassungs-
reform ins Werk zu setzen, die von vornherein infolge
ihrer Großzügigkeit scheitern muß. Es gilt zunächst,
Fesseln durchzuweisen, um wenigstens eine gewisse Be-
wegungsfreiheit zu ermöglichen. Hätten wir nicht das
Listenvahlrecht und jene Überspannung der Demokratie,
die sich bemüht, jede Stimme aufzufangen, so wären
wir vermutlich einen Schritt weiter. Unter diesem

Wahlrecht wird immer die Bürokratie im Parteienwesen allmächtig bleiben. Es ist uns natürlich bekannt, daß die Entwürfe, die dem neuen Reichstage vorgelegt werden sollen, auch in dieser Hinsicht grundlegende Änderungen enthalten. Soweit wir unterrichtet sind, will man gerade das Listenwahlrecht abschaffen und wie vor dem Kriege die Einzelwahlkreise in den Vordergrund rücken. Daß dabei Stichwahlmöglichkeiten gegeben sind, erscheint uns allerdings bedenklich. Man braucht ja nur daran zu erinnern, daß früher sonderbare Bündnisse geschlossen wurden, die durchaus nicht etwa vor der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden. Deshalb würden wir das englische Muster vorziehen, das dem Kandidaten das Mandat zuspricht, der die meisten Stimmen ohne Rücksicht auf die absolute Mehrheit auf sich vereinigt. Wenn der Kanzler der Parteibürokratie wenigstens einen Teil ihrer Macht entziehen will, dann muß er sich zunächst darauf beschränken, das Wahlrecht zu ändern und alle anderen Fragen zurückstellen. Ohne Verfassungsbruch lassen sich seine Absichten kaum verwirklichen. Er selbst aber wird sich bei der Einstellung Hindenburgs nicht darüber im Unklaren sein, daß die ihm erteilten Befugnisse immer die Begrenzung durch Weimar finden werden.

Es scheint uns jedoch unbedingt erforderlich, daß hier einmal eine Bresche in den Zaun geschlagen wird. Deutschland muß wieder zur Anerkennung der Persönlichkeit gelangen. Darüber sind wir mit dem Kanzler einig. Es muß gelingen, der Persönlichkeit einen größeren Spielraum zu gewähren. Zurzeit besitzt der Kanzler eine sehr ansehnliche Gemeinde, die aber keine Möglichkeit hat, sich am 6. November zu ihm zu bekennen. Ganz gleich, wo der einzelne auf den Wahlvorschlägen sein Kreuz anbringt, immer wird er nur die Parteibürokratie stärken. Hätten wir heute ein Wahlrecht, das dem freien Ermessen der Bürger Ausdruck geben kann, so wären diese Gefahren wesentlich geringer. Soweit geht ja das System, daß es nicht einmal auf den Listen Streichungen zuläßt. Vielmehr ist das der schlimmste Übelstand, gegen den sich jedoch im Rahmen der geltenden Bestimmungen nicht anlämpfen läßt. Nach unserer Ansicht sollte die Regierung es als ihre nächste und dringende Aufgabe betrachten, hier voranzugehen. Verlagt der Reichstag, dann bleibt nichts weiter übrig, als den Volksentscheid anzurufen. Mißlingt der Versuch, dann muß man eben abwarten, bis die Zeit als die große Lehrmeisterin der Nationen eine günstigere Konstellation schafft.

Der Kanzler hat die Einmütigkeit des Kabinetts mit aller Schärfe hervorgehoben. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Einmütigkeit auch aufrechterhalten läßt. Die Dementis jagen sich. Trotzdem wird man die eigenen Zweifel nicht ganz überbieten können. Wir haben bereits auf das Spiel hingewiesen, das augenblicklich im Gange ist. Auch die Parteien legen nicht die Hände in den Schoß. Die Fäden, die seit einigen Wochen gesponnen werden, haben sogar an Stärke zugenommen. Es läßt sich heute noch nicht überblicken, wo schließlich die größere Stofkraft sein wird. Alles hängt davon ab, ob die Unfurbelung, die Reichskanzler von Papen gegen seine Kritiker verteidigt hat, Ausflüchte auf Fortsetzung bietet.

21 Reichswahlvorschläge.

Einige Zulassungen unter Vorbehalt.

Berlin, 25. Okt. Der Reichswahlkreis hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Wagemann den Reichswahlvorschlag für die Reichstagswahl am 6. November festgelegt. Von den insgesamt 24 Reichswahlvorschlägen, die diesmal nur eingegangen waren, wurden 21 zugelassen und zwar in folgender Nummernfolge:

1. Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung);
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands;
3. Kommunistische Partei Deutschlands;
4. Deutsche Zentrumspartei;
5. Deutschnationale Volkspartei;
6. Bayerische Volkspartei;
7. Deutsche Staatspartei;
8. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung);
9. Deutsche Bauernpartei;
10. Wirtschaftsbund der Bauern- und Weingärtner-Bund (Landbund);
11. Gerechtigkeitsbewegung Meißner;
12. Großdeutsche Mittelstandspartei für Mittelstandsdiktatur;
13. Sozialrepublikanische Partei Deutschlands (Höring-Bewegung für Arbeitsbeschaffung);
14. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands;
15. Nationale Minderheiten in Deutschland;
16. Großdeutsche Volkspartei (Liste Schmalix) und Nationalsozialistische Partei der Mitte (Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirte, Haus- und Grundbesitzer);
17. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für freies Volkswirtschaft);
18. Freiheitsbewegung Schwarz-weiß-rot (Reichsbund der Baltikum, Oberschlesien, Grenzschutz- und Freikorpskämpfer);
19. Deutsche Kaiserpartei;
20. Deutsche Präsidialpartei;
21. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Die Nummern 7, 10, 13 und 14 bleiben frei für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Volksrechtspartei, die keine eigenen Reichswahlvorschläge eingereicht, sondern diese mit denen anderer Parteien vereinigt haben. Nicht zugelassen wurden Wahlvorschläge einer „Nationalen kommunistischen Partei“, einer „Christlich-nationalen deutschen Arbeiterpartei“ und einer Partei mit der Bezeichnung „Wie spart man Geld“. Bei diesen Vorschlägen waren die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt. Auch bei einem Teil der zugelassenen Vorschläge ist die Zulassung unter dem Vorbehalt erfolgt, daß mindestens in einem Wahlkreis ein Reichswahlvorschlag der Parteien zugelassen wird. Einige Schwierigkeiten hatten sich bei der Liste der Deutschen Bauernpartei, der gemeinsamen Reichsliste des Bayerischen Bauernbundes und des Landvolks, ergeben, da der Reichswahlkreis der Meinung war, daß drei der Unterzeichner des Wahlvorschlags von einer Hand geschrieben waren. Durch nachträgliche Beschaffung einiger weiterer Unterschriften und persönliche Bemühungen des Ministers a. D. Dr. Fehr ist es aber im letzten Augenblick gelungen, die Schwierigkeiten auszuräumen.

Die Urteilsbegründung des Staatsgerichtshofs

Die Grenzen der Anwendung des Artikels 48.

Eine Kompromißlösung.

Leipzig, 25. Okt. In der Begründung des Urteils in der Streitfrage zwischen Preußen und dem Reich führte Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke u. a. folgendes aus:

Die drei Gruppen der Anträge.

Die Anträge, über die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hatte, zerfielen in drei Gruppen. Die erste Gruppe bilden die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli und deren Auswirkungen richten. Mit der zweiten Gruppe wird eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs darüber angestrebt, daß gewisse Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 niemals und unter keinen Umständen getroffen werden dürfen. Die dritte Gruppe bildet der Antrag, durch einen besonderen Anspruch festzustellen, daß die Behauptungen des Reiches, Preußen habe seine Pflicht gegen das Reich nicht erfüllt, nicht begründet und nicht erwiesen seien.

Eine sachliche Entscheidung über die Anträge der zweiten Gruppe hat der Staatsgerichtshof abgelehnt. Er verneint nicht, daß die Länder ein Interesse daran haben, die Grenzen, die bei Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 den Ländern gegenüber eingehalten werden müssen, ein für allemal festgestellt zu sehen. Dieses Interesse ist aber politischer Natur und reicht nicht aus, um die Annahme zu begründen, daß eine Streitigkeit im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung vorliegt. An diesem fehlt es bei den Anträgen Bayerns und Badens mit einer Ausnahme. Diese Ausnahme bildet der Antrag, festzustellen, daß auf Grund des Artikels 48 die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reich, insbesondere die Vertretung eines Landes im Reichsrat, nicht angetastet werden darf. Inwieweit sind durch das Vorgehen gegen Preußen die Interessen der anderen Länder unmittelbar in Mitleidenchaft gezogen. Hier ist somit ihre Antragsbefugnis anzuerkennen. Die sachliche Entscheidung über diesen Teil der Anträge ergibt sich aus der Entscheidung über die unmittelbare gegen die Verordnung gerichteten Anträge.

Auch dem Verlangen, ausdrücklich auszusprechen, daß das Reich dem Lande Preußen zu Unrecht eine Richterfällung von Pflichten vorgeworfen habe, konnte keine Folge gegeben werden. Diese Frage ist eine von den zahlreichen Vorfragen, zu denen der Staatsgerichtshof Stellung nehmen muß, um über die unmittelbare gegen die Verordnung gerichteten Anträge entscheiden zu können. Darauf, daß eine dieser Vorfragen zum Gegenstand eines besonderen Auspruches im Urteilstenor gemacht werde, haben die Beteiligten kein Anrecht. Ein solches kann auch daraus nicht hergeleitet werden, daß eben diese Frage von besonderer politischer Bedeutung ist.

Die Antragsbefugnis.

An der Antragsbefugnis des Landes Preußen und auch der Länder Bayern und Baden gegen die Verordnung vom 20. Juli und ihre Ausführung besteht kein begründeter Zweifel. Auch an der Auffassung, daß Preußen im gegenwärtigen Rechtsstreit durch die am 20. Juli amtierenden preußischen Minister und durch die am 20. Juli amtierende preußische Landesregierung vertreten wurde, hält der Staatsgerichtshof fest.

Den beiden Fraktionen vermag der Staatsgerichtshof die Antragsbefugnis für den vorliegenden Fall nicht zuzuerkennen, weil sie zur Vertretung des allein zu einer Klage gegen das Reich berechtigten Landes nicht berufen sind. Dem Versuch, mit ihrer Klage das Verfahren auf den Reichskommissar auszuweiten, hat dieser widersprochen. Ohne seine Zustimmung kann die Ausdehnung in diesem Abschnitt des Verfahrens nicht mehr vorgenommen werden.

Die Antragsbefugnis der einzelnen Minister ist zu bejahen, soweit ihr Antrag gegen den Reichskommissar gerichtet war. Auf Grund der Schreiben, die der Reichskanzler am 20. Juli an den preußischen Ministerpräsidenten und den preußischen Minister des Innern gerichtet hat und auf Grund der Tatsache, daß der Reichskanzler in seinem Schreiben den Ministerpräsidenten Braun als Ministerpräsident a. D. bezeichnet hat, ist der Staatsgerichtshof der Auffassung, daß durch die Verordnung dem Reichskommissar die Ermächtigung erteilt werden sollte, die preußischen Staatsminister endgültig ihres Amtes zu entheben. Die Prüfung des Staatsgerichtshofs mußte sich daher auch auf die Frage erstrecken, ob eine Ermächtigung dieser Art mit der Reichsverfassung vereinbar ist.

Zunächst war darüber zu befinden, ob die Verordnung vom 20. Juli in dem Absatz 1 des Artikels 48 der Reichsverfassung die erforderliche Stütze findet. Diese Frage hat der Staatsgerichtshof verneint.

Die Frage der Pflichtverletzung verneint.

Die Auffassung, daß es sich bei den Voraussetzungen des Artikels 48, Abs. 1, um eine reine Ermessungsfrage handle, vermag der Staatsgerichtshof nicht zu teilen. Ob ein Land seine Pflichten gegen das Reich nicht erfüllt hat, ist als Tat- und Rechtsfrage in diesem Streitfall vom Staatsgerichtshof nachzuprüfen.

Die Behauptungen, auf die das Reich den Vorwurf der Nichterfüllung der Pflichten gründet, bestehen zum Teil aus Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt in Preußen, sondern von nachgeordneten Persönlichkeiten vorgenommen worden sind.

In solchen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht gefunden werden. Auch die Prüfung der Äußerungen des Ministers Severing ergab, daß sie das Maß der gebotenen Zurückhaltung nicht derart überschreiten, daß darin eine Pflichtverletzung des Landes gegenüber dem Reich erblickt werden kann.

Hiernach bleibt zur Stützung der Behauptung einer Pflichtverletzung nur die eine vom Reich am härtesten betonte Äußerung übrig, daß die preußische Regierung es an der erforderlichen Tatkraft bei der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung habe fehlen lassen. Aus den Behauptungen zur Begründung dieser Vorwürfe ergibt sich für keinen der beiden Vorwürfe eine genügende Stütze. Auf Absatz 1 des Artikels 48 kann hiernach die Verordnung vom 20. Juli nicht gegründet werden. Zu der Frage, ob der Staatsgerichtshof gleichfalls den Umfang der

Voraussetzungen des Artikels 48, Absatz 2,

nachzuprüfen habe, oder ob er inwieweit seiner Entscheidung die Auffassung des Reichspräsidenten zugrunde zu legen habe, hat der Staatsgerichtshof bisher niemals Stellung genom-

men. Auch im vorliegenden Falle bedarf es der Stellungnahme zu dieser Frage nicht. Denn es ist offenbar, daß die Verordnung vom 20. Juli in einer Zeit schwerer Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen wurde. Zugleich aber bestand die ernste Gefahr, daß die innenpolitische Spannung sich noch weiter steigern und zu einer unmittelbaren Bedrohung der Grundlage unseres Verfassungslebens auswachen werde.

Die Voraussetzungen zum Einschreiten auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, war demnach ohne weiteres gegeben. Aus der Größe der Gefahr ergibt sich zugleich, daß es das Recht und die Pflicht des Reichspräsidenten war, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung alle ihm geeigneten erscheinenden Mittel anzuwenden, soweit sie mit der Verfassung vereinbar sind.

Der Reichspräsident konnte in dieser Lage nach pflichtgemäßem Ermessen zu der Auffassung gelangen, daß es geboten sei, die gesamten staatlichen Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen und die Politik des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken.

Die Vertretung im Reichsrat.

Der Inhalt der angesprochenen Verordnung, heißt es in der Begründung weiter, ist an sich zulässig, soweit er als eine bloße Verschiebung von Zuständigkeiten, als eine Übertragung von geschäftlichen Befugnissen von der Landesregierung an ein Reichsorgan aufzufassen werden kann. Dagegen ist er mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, soweit durch die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen wird. Artikel 17 schreibt vor, daß jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß, die sich auf der Volksvertretung aufbaut. An Stelle dieser Landesregierung kann auch vorübergehend ein anderes Organ gesetzt werden.

Artikel 63 bestimmt, daß die Länder im Reichsrat durch die Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden. Diese Vertretung im Sinne des Artikels 48, Absatz 2, einem Lande zu entziehen und sie auf einen Reichskommissar zu übertragen, bedeutet eine wesentliche Beeinträchtigung der Stellung des Landes im Reich und eine dem Wesen des Reichsrates widersprechende Veränderung seiner Zusammenlegung. Hiernach geht es nicht an, einen Reichskommissar als Landesregierung einzulegen und die verfassungsmäßig bestellten Minister ihres Amtes zu entheben.

Die Veränderung läßt sich aber unter dem Gesichtspunkt der Zuständigkeitsverschiebung innerhalb der Grenzen, die sich hieraus ergeben, rechtfertigen. Eine solche Verschiebung der Zuständigkeit erfolgt überall da, wo ein Reichskommissar auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, zur Ausübung gewisser an sich dem Lande zuständiger Befugnisse eingesetzt wird. Der Wortlaut der Verordnung schließt es auch nicht aus, sie im Sinne einer solchen Zuständigkeitsverschiebung aufzufassen. Die Abtrennung von Zuständigkeiten der Landesregierung und die Übertragung auf ein Reichsorgan findet aber darin ihre Grenzen, wenn der Landesregierung die Befugnisse erhalten bleiben müssen, die nach dem eben Gesagten zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes und seiner Stellung im Reich gewährt werden müssen.

Es muß also die verfassungsmäßige Landesregierung als Organ des Landes selbst bestehen bleiben. Es muß ihre Vertretung des Landes gegenüber dem Reich, insbesondere im Reichsrat und im Reichstag wie gegenüber anderen Ländern belassen werden.

Auch die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gegenüber den anderen höchsten Landesorganen können der Landesregierung nicht genommen werden.

Die Personalveränderungen.

Mühte hiernach der preußischen Landesregierung die Ausübung des Stimmrechtes im Reichsrat belassen werden, so konnte ihr folgerichtig auch die Befugnis nicht entzogen werden, den vorhandenen Bevollmächtigten weiterhin Anweisungen für die Ausübung ihrer Rechte zu erteilen. Dem Reichskommissar konnte weder diese Befugnis noch das Recht übertragen werden, die bisherigen Bevollmächtigten im Hauptamt in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen oder neue Bevollmächtigte für den Reichsrat zu ernennen.

Dagegen lassen sich aus der Reichsverfassung im übrigen keine begründeten Bedenken gegen die Ausstattung des Reichskommissars mit der Befugnis herleiten, Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern oder zu entlassen.

Wenn dem Reichskommissar weiter die Befugnis zur Aufnahme von Anleihen für Zwecke des Landes gegeben wird, so erledigt sich diese Frage mit der sich aus Artikel 65 der Reichsverfassung ergebenden Bestimmung, wonach die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits nur durch Gesetz erfolgen soll, also die Zustimmung des Landtags erforderlich ist. Damit rechtfertigt sich die getroffene Entscheidung.

Befriedigung in Bayern und Baden.

Die Selbständigkeit eines Landes kann durch Notverordnung nicht angetastet werden.

München, 25. Okt. Zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig erfährt der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros, daß man in Bayern von der Entscheidung des Gerichtshofes befriedigt ist. Bayern hat, inwieweit es sich um materielle Feststellungen handelt, in allen wesentlichen Punkten Recht bekommen. Ausdrücklich und ganz bestimmt ist in dem Urteil festgestellt worden, daß die Selbständigkeit eines Landes durch Notverordnung nicht angetastet werden kann. Die verfassungsmäßigen Garantien der Länder dürfen nicht beiseite geschoben werden. Diese Feststellungen sind so klar und bestimmt in dem Urteil getroffen, daß man in Bayern auch darüber befriedigt ist.

Karlsruhe 25. Okt. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Das heute verkündete Urteil des Staatsgerichtshofes in der Streitfrage zwischen Bayern-Baden gegen das Reich hat in den Kreisen der bayerischen Regierung lebhafteste Befriedigung erweckt. Wenn sich auch das Urteil rein formal die Anträge der Länder Bayern und Baden nicht zu eigen gemacht hat, so erkennt es doch nicht nur prozessual in einem wichtigen Punkte die Antragsbefugnis dieser Länder an, sondern es nimmt darüber hinaus auch in den für Bayern und Baden entscheidenden Dingen sachlich in einer Weise Stellung, die durchaus der von diesen Ländern vertretenen Auffassung entspricht.

Die Stellungnahme der preußischen Staatsminister.

Die Verordnung vom 20. Juli wesentlich eingeschränkt.

Berlin, 25. Okt. Von Seiten der preußischen Staatsminister wird zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs folgendes mitgeteilt:

Die Erklärung der Reichsregierung, daß die Verordnung vom 20. Juli in vollem Umfange durch das Urteil bestätigt werde, entspricht in mehrfacher Beziehung nicht den Tatsachen. Sie ist offenbar vor genauer Kenntnis des vollen Inhalts der Entscheidung und ihrer Begründung abgegeben worden.

Der Staatsgerichtshof stellt zunächst fest, daß die Verordnung nicht auf den Artikel 48, Absatz 1, der Reichsverfassung gestützt werden konnte. Er stellt fest, daß das Land Preußen seine Pflichten gegen das Reich nicht verletzt hat, und daß daher eine Reichs-execution gegen Preußen nicht zulässig war. Damit hat der Staatsgerichtshof in dem Punkte, den Preußen von vornherein als den wichtigsten Punkt seiner Klage bezeichnet hat, voll und ohne Einschränkung Preußen recht gegeben.

Der Staatsgerichtshof stellt ferner fest, daß die Verordnung den Reichskommissar zur endgültigen Absehung der preußischen Minister ermächtigen wollte, daß der Reichskommissar auch anfangs eine endgültige Absehung beabsichtigt hat, daß aber weder eine solche endgültige noch auch nur eine vorübergehende Absehung der Staatsminister zulässig war.

Der Staatsgerichtshof stellt weiter fest, daß in keinem Augenblick der Reichskommissar zur Landesregierung geworden ist, obwohl er sich ständig so bezeichnet hat, daß vielmehr Landesregierung nur die geschäftsführenden Staatsminister waren und sind. Er stellt fest, daß der Reichskommissar zwar vorübergehend Zuständigkeiten des Landes auf das Reich übertragen konnte, aber keineswegs alle Zuständigkeiten.

Der Staatsgerichtshof stellt insbesondere fest, daß nicht der Reichskommissar, sondern nur die Landesregierung, das heißt die Staatsminister und ihre Bevollmächtigten, das Land Preußen im Reichsrat, Reichstag, im Landtag und im Staatsrat zu vertreten haben und daß sie allein zur Vertretung Preußens gegenüber dem Reich und gegenüber den anderen deutschen Ländern befugt sind.

Aus alledem ergibt sich, daß durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs die Verordnung vom 20. Juli nicht etwa in vollem Umfange bestätigt, sondern sowohl in ihrer rechtlichen Grundlage, wie in der von ihr ausgesprochenen Ermächtigung wesentlich eingeschränkt wird.

Die preußischen Staatsminister werden in Ruhe prüfen, welche Folgen sich aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofs ergeben und sich bei ihren weiteren Schritten von strengster Sachlichkeit leiten lassen.

Der Dokortitel Severings.

Zurückweisung falscher Unterstellungen.

Braunschweig, 25. Okt. In einer Rundgebung der Eisernen Front wandte sich Minister Severing in einer persönlichen Bemerkung gegen Ausstreunungen von gegnerischer Seite gegen ihn. Der Minister erklärte, von Rechts wegen werde seit einiger Zeit behauptet, er hätte für die Verleihung der Doktorwürde der Technischen Hochschule in Braunschweig eine Summe von 20.000 Mark versprochen, die aber nur zu einem kleinen Teil bezahlt worden sei. Diese Behauptung sei unwahr. Während meiner Amtszeit als Reichsinnenminister seien die Goethe-Festung-Freier der Stadt Braunschweig und das Forschungsinstitut für Erziehungswissenschaften der Technischen Hochschule Braunschweig aus Mitteln des Reiches unterstützt worden, selbstverständlich, daß diese Unterstützungen an keine Bedingungen geknüpft worden seien. Im Februar 1930 habe er auf Anfrage Braunschweigs erklären lassen, daß er die ihm zugesagte Ehrung (Verleihung der Doktorwürde) nicht brauche, da ihm sein Name auch ohne Doktorhut gut genug sei. Erst später habe er sich auf wiederholtes Drängen bereit erklärt, die Ehrung anzunehmen unter der Voraussetzung, daß sie zu einem Zeitpunkt erfolge, in dem er mit materiellen Zuwendungen an Bildungsinstitute nicht mehr in Verbindung gebracht werden könne. Die Technische Hochschule Braunschweig habe ihn daraufhin erst nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Reichsinnenministers zum Ehren-doktor ernannt. Jedenfalls weise er die Unterstellung, als ob er für ihn zugesagte Ehrungen auch nur einen Pfennig ausgegeben würde, entschieden zurück.

Prof. Mommsen über den groß-deutschen Gedanken.

Vortrag in der Literarischen Gesellschaft.

Es war ein zeitgemäßes, gerade in den letzten Jahren wieder viel diskutiertes Thema, das Professor Dr. Wilhelm Mommsen (Marburg), ein Enkel des berühmten Historikers, im kleinen Kurhausaal zu eröffnen unternahm. Folgte der sehr starke Besuch besonderes Interesse für den Stoff und die Persönlichkeit, so hat die Problemstellung doch zugleich manche, auch von dem Redner durchaus gewürdigte Schwierigkeiten. Denn einmal verlangt die Behandlung einer ganz aktuellen, heute noch im Brennpunkt außenpolitischer Kampfes stehenden Frage außerordentliche Delikatesse, zum anderen gehen die eigentlichen Grundlagen des groß-deutschen Gedankens weit in deutsche Vergangenheit zurück und verführen doch wieder im Rückblick leicht zu Fehlurteilen angesichts ganz verschiedener geistiger und politischer Einstellung jener früheren Epochen. Die großdeutsche Idee als Forderung leitet sich schließlich von der Zersplitterung der deutschen Stämme her. Deutschland hatte nicht, wie etwa Frankreich, das Glück einer organischen Einheit von Volk und Staat. Der Reichsgedanke handelte die Entwicklung der Einzelstaaten gegenüber, die zunächst partikuläre Interessen verfolgten, wie auch das habsburgische Kaisertum vorwiegend im Sinne eigener Territorialpolitik wirkte. Nach den Türkenkriegen entfremdete sich Österreich immer mehr den eigentlich deutschen Aufgaben; hatte das Reich bis dahin vermocht, wie einst Barbarossa, Heinrich den Löwen, die aufstrebenden Einzelstaaten niederzuhalten, so ermachte durch Friedrich des Großen Siege neben Habsburg eine zweite deutsche Großmacht in Preußen. Hier bildete sich bereits jener Dualismus heraus, der nach den Befreiungskriegen, dann während den Tagen der ersten deutschen Nationalversammlung endlich mit den deutschen Einigungs-kriegen zur Entscheidung drängte: War das Nebeneinander von zwei Großmächten im Rahmen eines geeinten Deutschlands möglich? Österreichs Wendung nach Südosten, das Ge-nisch fremdkämmiger Völker in der Donaumonarchie, verzögerte bei den Störungen in der Paulistirche erst von groß-deutscher Idee den Übergang zu einer kommenden, von Bismarck durchgeführten kleindeutschen Lösung. Preußen wurde der Kern des mit Ausschluß Habsburgs geeinten Reiches, das bei zeitensprechender Überbetonung des Staatsgedankens gegenüber dem Volkstum die Deutschen in Österreich preis-

Die Walter-Kommission auf der Reise.

Endstation Kopenhagen.

Berlin, 26. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Die Walter-Kommission, die die Verhandlungen mit dem Ausland über die Kontingentierung der deutschen Agrareinfuhr zu führen hat, ist nun doch heute morgen nach Kopenhagen abgefahren, um mit der dänischen Regierung die Kontingentierungsfrage zu besprechen. Man hatte im Reichsernährungsministerium nach der Rückkehr der Kommission aus Paris in der vergangenen Woche geglaubt, die Reise nach Kopenhagen würde überflüssig, weil inzwischen eine Verständigung über die Buttereinfuhr erzielt worden war.

Die Kommission wird in Kopenhagen auf eine relativ günstige Stimmung stoßen, denn es ist kein Zweifel, daß man in Dänemark bezüglich der getroffenen Einigung über die Butterausfuhr nach Deutschland einigermaßen zufrieden ist.

was vor allem daran liegt, daß Dänemark bei diesen Verhandlungen günstiger als Holland und sogar günstiger als Finnland abgeschnitten hat, sodaß es von seinem Kontingent sogar noch 2000 Tonnen an Finnland abtrat. Fraglich ist es aber, ob diese freundliche Haltung Dänemarks sich auch auf die jetzt beginnenden Kontingentierungsverhandlungen wirklich auswirkt, denn hier stehen für Dänemark erhebliche Interessen auf dem Spiele, was vor allem für Gemüse und Schlachtvieh gilt. Die deutsch-dänischen Handelsbeziehungen werden dadurch charakterisiert, daß Deutschland einen Ausfuhrüberschuß nach Dänemark im Werte von rund 28 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1932 hatte, bei einer Einfuhr von etwa 61,6 Millionen gegenüber einer Ausfuhr nach Dänemark von 89,7 Millionen Mark. Die Verhandlungen werden einige Tage in Anspruch nehmen.

Man kann also sicher annehmen, daß eine Entscheidung des Reichskabinetts über die Kontingentierung vor den Wahlen nicht herbeigeführt werden wird.

Im übrigen ist Kopenhagen die Endstation der Rundreise der Walter-Delegation. Direkte Verhandlungen mit Schweden und Rußland über die Holzeinfuhr sind nicht vorgesehen.

Rundgebung der Staatspartei in Berlin.

Eine Wahlrede des Handelsministers Dr. Schreiber.

Berlin, 24. Okt. Mit einer Rundgebung im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses eröffnete heute abend die Deutsche Staatspartei den Wahlkampf in Berlin. Als Hauptredner des Abends entwickelte Minister Dr. Schreiber in etwa dreiviertelstündigen Ausführungen die Auffassungen der Staatspartei über die Regierungsführung, wobei er sich vornehmlich mit der Politik des Kabinetts Papen auseinandersetzte. Der Redner führte er einzeln die innen- und außenpolitischen Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung an, um an ihnen eine in der Form maßvolle, sachlich aber umso härtere Kritik zu üben. Mit großer Entschiedenheit wandte sich dann jedoch der Minister gegen die Alleinherrschaft des Parlaments und prägte dazu den Satz, daß autoritäre Regierungsform und Demokratie keine Gegensätze seien. Sodann ging der Redner auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Kabinetts ein und bezeichnete als Altposten die Ermittlung der Wirtschaft und den Appell an die private Initiative, erklärte es aber für bedenklich, wenn die Regierung die Privatwirtschaft für ein eventuelles Verlagen verantwortlich machen wolle. Das Abbröckeln oder Eindämmen der nationalsozialistischen Bewegung will Dr. Schreiber nicht als Erfolg der Regierung Papen anerkennen; nach seiner Meinung hat Hitler vielmehr selbst durch seine Wahlsieglosigkeit dazu beigetragen. Auf dem Gebiete der Außenpolitik erfüllte ihn unsere starke Isolierung mit schwerer Sorge. Der Redner wandte sich gegen die Kontingentierungspolitik und äußerte auch lebhafteste Bedenken gegen die Ausfuhr der Rüstungsfrage im gegenwärtigen Augenblick. Im ganzen könne man sagen, daß die Politik des Herrn v. Papen die große Linie und klare Konzeption vermissen lasse und im Volke eine 90prozentige Gegnerschaft finde.

gab, woran auch das spätere Bündnis nichts änderte. Mit der Zerschlagung Österreichs nach dem Weltkriege wurde der durch frühere politische Konstellation unausführbare groß-deutsche Gedanke wieder belebt und erreichbar, obwohl zunächst noch durch den Einfluß der Gegner verhindert. Den Versuch der seinerzeit beschlossenen Zolllunion hält der Redner, angesichts der außenpolitischen Lage und der schwebenden Reparationsfragen, für einen tatsächlichen Fehler; er hielt gegenwärtig sogar einen Tiefpunkt des großdeutschen Gedankens, da in Österreich besondere Tendenzen gegen den Anschluß an Einfluß gewonnen. Für die Zukunft aber ist eine Lösung im großdeutschen Sinne nationale Notwendigkeit, die weder von innenpolitischen noch von wirtschaftlichen Gründen beeinträchtigt werden kann. Andersfalls wäre zu fürchten, daß das österreichische Deutschland verloren geht, und ist auch die Art des Weges nicht vorauszuweisen, das Ziel liegt klar, die Hoffnung auf den schon von der Sehnsucht der Kämpfer von 1848 angeführten deutschen Einheitsstaat; eine Idee, die einmal erweckt, sich durch Machgebote von außen her nicht beschränken läßt. Der Redner wollte nach eigenem Wort eine dem Tagesstreit ferne, nur wissenschaftlich zurückschauende und ganz leidenschaftslos Erörterung geben; er sprach mit großer Zurückhaltung, daß man fast ein wenig mehr persönliche Färbung neben dem sachlich historischen gewünscht hätte und bei kritisch-fühler Abwägung ein wenig mehr innere Wärme. Jedenfalls hat schon Stofflich und zumal in der klaren Gliederung der Vortrag des Unregenden viel, gab in knappen, eindringlicher Zusammenfassung ein plastisches Bild der wesentlichen Entwicklung, das den gründlichen Kenner verriet und wußte eine auch äußerlich in lebhaftem Beifall dokumentierte Anteilnahme der Zuhörer zu erzwingen.

China und Japan seit dem Weltkriege.

Prof. Haushofer in der Wiesbadener Vortragsgemeinschaft.

„China und Japan seit dem Weltkriege“ so lautete das Thema des Vortrags, den Professor Haushofer in der Wiesbadener Vortragsgemeinschaft hielt. Der ehemalige Generalmajor und jetzige Universitätsprofessor gilt als einer der besten Kenner der asiatischen Verhältnisse. Es war eine ungeheure Fülle von Erkenntnissen, die er in den knapp zwei Stunden seines Vortrages aus-

Der französische Sicherheitsplan.

Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 9 Monate.

Paris, 26. Okt. „Quotidien“ macht heute einige Angaben über den mutmaßlichen Inhalt des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes, soweit er sich auf den Ausbau des französischen Heeres bezieht. Nach dem Blatt soll der Plan die Herabsetzung der Militärdienstzeit von 12 auf 9 Monate vorsehen. Gerade gegen diesen Teil des Planes hätten Marshall Pétain und General Weygand zahlreiche Einwendungen erhoben. Die Zahl der Divisionen würde von 20 auf 12 herabgesetzt werden. Der Plan würde durch eine Organisation von Risiken und eine Erhöhung der Ausbildungsperiode für die Reservisten vervollständigt werden. Außerdem sehe man auch eine besonders aktive militärische Vorbereitung der Jugend vor Eintritt in das Heer vor.

Zur Durchführung dieser neuen Bestimmungen werde eine durchgreifende Reform der Cadres notwendig. Diese letzten Stadien würden erst nach Annahme des Konstruktionsplanes in Genf studiert und verwirklicht werden. Erst zu jenem Zeitpunkt würde der Oberste Kriegsrat, der sich bisher übrigens überhaupt noch nicht mit dem Konstruktionsplan zu beschäftigen gehabt hätte, im Einvernehmen mit der Regierung alle für diese Reorganisation notwendigen Maßnahmen zu ergreifen haben, die das allgemeine Statut des Heeres betreffen.

Norman Davis verhandelt in Paris.

Neue Besprechungen mit Herriot.

Paris, 26. Okt. (Drahtmeldung unseres Pariser Vertreters.) Der amerikanische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, der in den letzten Tagen mit dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald und dem englischen Außenminister Simon mehrere Unterredungen über die Abrüstungsfrage hatte, wird in den nächsten Tagen auf seiner Rückreise nach Genf nochmals in Paris Halt machen und mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot Besprechungen haben. Diesen Besprechungen kommt doppelte Bedeutung bei. Sie werden sich nicht nur auf die Landabrüstung beziehen, also u. a. auch auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung und den französischen konstruktiven Plan, sondern auch auf die Seeabrüstung, mit der sich die Genfer Abrüstungskonferenz nach ihrem Wiederzusammentritt offiziell zu beschäftigen haben wird. Wahrscheinlich wird Norman Davis nochmals genauestens die Möglichkeiten einer Einbeziehung der Viermächtekonferenz prüfen, auf die die englische Regierung immer noch nicht verzichten zu haben scheint. In Paris ist diese Frage etwa eingeschlagen. Man würde zu einer solchen Konferenz nach wie vor ohne jede Begeisterung gehen. In den Londoner Besprechungen wurde die Frage der Seeabrüstung eingehend erörtert, und ohne Zweifel wird der amerikanische Delegierte nicht verfehlen, die Haltung Frankreichs in dieser Frage genau kennen zu lernen.

Formalarbeit der Abrüstungskonferenz.

Berichte für die Tagung des Büros.

Genf, 25. Okt. Der belgische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Bourquin, hat den Bericht über die Kontrolle der Durchführung der Abrüstungsbestimmungen, mit dessen Ausarbeitung er vom Büro der Abrüstungskonferenz beauftragt worden ist, dem Konferenzpräsidenten eingereicht. Desgleichen hat der italienische Delegierte Bissolati den Bericht über das Verbot der chemischen und bakteriologischen Kriegsführung fertiggestellt. Beide Arbeiten werden in den nächsten Tagen den Delegationen zugestellt und dem Büro der Abrüstungskonferenz am 3. November vorgelegt werden. Der in der Entschließung vom 23. Juli gleichfalls vorgegebene Bericht des spanischen Delegierten Madariaga über die Luftfahrtfragen ist bis jetzt noch nicht eingereicht worden.

breitete. Er zeigte die wichtigsten Fäden aus dem asiatischen Kraftfeld auf, unterstützt von einer Menge persönlicher Erfahrungen aus einem jahrelangen Aufenthalt in Asien. China sei durchaus kontinental gerichtet. Falsch sei es, Chinesen und Japaner schlechweg als gelbe Rasse zu bezeichnen. Die Rassenunterschiede sind sehr groß. Die Chinesen sind eine ausgesprochene Hochlandrasse, die Japaner eine Südrasse. Darum beispielsweise sympathisierten die Japaner politisch und ideologisch mit den ihnen rassenverwandten Südmongolen. Darum hat der Japaner die Sehnsucht nach warmen, meersumpften Landstrichen und es ist die ganze Tragik der Mandchurenfrage, daß Japan hier andere Wege gedrängt wird. Die Chinesen sind von ungeheurer Einschmelzungsfähigkeit. China vermochte selbst die starken Eroberergeschlechter zu assimilieren. Diese Erkenntnis ist auch im Bewußtsein der Chinesen enthalten: Es braucht alles seine Zeit. Scheint auch ihr Staatsgefüge lose, einem Flusse vergleichbar, ihre Einschmelzungsstrast, ihr zäher Familienzusammenhang, ihr soziologisches, vom Staate unabhängiges Gefüge machen den Machtgedanken langfristig. So wird in der Mandchurenfrage wirtschaftspolitisch und machtpolitisch Japan Sieger bleiben, aber auf lange Sicht gesehen wird der Chinesen, der ein Verhältnis zum mandchurischen Boden gefunden hat, vollpolitisch die Mandchurie wiedergewinnen. „China ist ein Meer, das alle Flüsse, die sich hinein ergießen, schluck macht“, sagte einmal der bekannte Staatsmann Yuan Shikai. Aus der Fülle der politischen Tatsachen seien hier nur die uns Deutsche interessierenden herausgegriffen. Künkel hatte im letzten Vortrage behauptet, der Friede von Schimonoseki habe nicht dazu beigetragen, Japan im Weltkriege auf die Seite unserer Gegner zu bringen. Haushofer korrigiert dies ein wenig. Dieser Friede habe erstens einmal die bevorzugte Stellung der Deutschen erschüttert und zweitens den persönlichen Kredit einiger deutschfreundlicher japanischer Staatsmänner geschädigt. Für die beiden folgenden Tatsachen, müssen wir Haushofer die Verantwortung überlassen. Wenn Bethmann-Hollweg behauptet habe, Japan habe niemals einen ersten Annäherungsversuch gemacht, so stimme das nicht. Noch 1911 sei ein Rückversicherungsangebot Japans an Deutschland erfolgt, aber nicht zustande gekommen, weil es auf dem Wege über den Generalkonkurs in Tokio eingelangt sei. Mit einer Bleistiftnotiz: „General-konkurs haben keine Politik zu machen“ sei das Angebot zurückgekommen. Zu Beginn des Weltkrieges war die Stimmung in Japan keineswegs deutschfeindlich. Man betrachtete die europäische Situation mit zwiespältigen Gefühlen.

Kurze Umschau.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherrn von Braun zum Vortrag.

Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben vom 1. April bis 30. September betrugen 3 352 874 667 gegenüber dem ganzen Jahresanschlag von 7 464 340 000 M.

Die französische Kammer ist nach dreimonatiger Ferienunterbrechung am Dienstag wieder zusammengetreten. Die außenpolitische Aussprache ist bis nach dem Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz verschoben worden.

Die neue belgische Regierung hat die sofortige Parlamentsauflösung beschlossen. Die Neuwahlen werden am 27. November stattfinden.

Das Abgeordnetenhaus von Bolivien hat eine Entschließung angenommen, in der der Präsident der Republik aufgefordert wird, eine Regierung der Nationalen Einigung zu bilden und die Rekruten unter die Fahnen zu rufen, um sie nach dem Kriegsausplag in Gran Chaco zu entsenden.

Eine Rede Mussolinis in Mailand.

Mein Taten können Heilung bringen.

Mailand, 26. Okt. Ministerpräsident Mussolini hielt hier auf dem Domplatz vor einer riesigen Menschenmenge eine Rede, in der er unter anderem erklärte: Nicht durch fortgesetzte Konferenzen wird die Welt ihre Gesundheit wieder gewinnen. Allein Taten können Heilung bringen. Das 20. Jahrhundert wird das Jahrhundert des Faschismus sein. Es wird das Jahrhundert der italienischen Macht und das Jahrhundert sein, in dem Italien zum dritten Male der Beweiser der menschlichen Zivilisation sein wird, weil es jenseits unserer Grundsätze seine feste Grundlage gibt, nicht für die Einzelnen, sondern für die Völker. In zehn Jahren wird Europa ein anderes Aussehen haben.

Russisch-japanische Annäherung.

Ein vierfaches Abkommen geplant.

Tokio, 25. Okt. Demnächst sollen hier die vorbereitenden Verhandlungen über ein japanisch-russisches Abkommen beginnen, als dessen Hauptpunkte die „Domini-Zeitung“ erstens den Abschluß eines Petroleum-, Kohlen- und Erzlieferungsvertrags mit Rußland, zweitens die Festlegung der russisch-mandschurischen Grenze, drittens den Ankauf der Ostchinesischen Bahn durch Japan und viertens ein japanisch-russisches Fischereiabkommen bezeichnet. Ähnlich wurde erklärt, Japan sei einig in der Auffassung, daß ein solch umfassendes Abkommen mit Rußland möglich wäre, wenn der Rätebund jede bolschewistische Werbetätigkeit in Japan von Grund auf beseitigen würde, die man als Friedenshindernis ansieht.

Der Reichsinnenminister zu den „Reherien am Wochenende“.

Umweltung an den Reichsrundfunkkommissar.

Berlin, 25. Okt. Wie wir aus Kreisen des Reichsinnenministeriums erfahren, hat Minister Freiherr von Gayl nach Prüfung des Berichts über den Rundfunkvortrag vom vergangenen Samstag „Reherien am Wochenende“, der in der Öffentlichkeit scharf angegriffen worden ist, den Reichsrundfunkkommissar ersucht, dafür zu sorgen, daß solche Vorträge in Zukunft nicht wieder zugelassen werden. Gleichzeitig ersucht der Minister, auf die Programmleitung einzuwirken, in Zukunft in der Auswahl der zu den Vorträgen zugelassenen Personen vorsichtiger zu sein.

Der Brief Sunatsens, des jungchinesischen Panastaten, hatte in Japan Eindruck gemacht. Nun sei die Stunde, wo Japan zeigen müsse, ob es der Führer der Mächte sein könne. Sunatsen rief Anstöße an die Zentralmächte, um die Kolonialmacht der europäischen Länder in Asien zu besitzigen. In Japan selbst herrschte damals die Minderheitsregierung Okuma. Zu Beginn des Weltkrieges nun fragte der Adjutant des japanischen Generalquartiermeisters offiziell in der deutschen Botschaft an, unter welchen Bedingungen die japanische Armee mit der deutschen zusammengehen könne. Er wurde, weil er nicht General war, vom deutschen Botschafter nicht empfangen, sondern von einem Legationsrat abgefertigt. Okuma erklärte bald darauf den Krieg an Deutschland. Drei große Kräftekonstellationen und Bewegungen sind im Fernen Osten lebendig. Die transasienische, deren tragende Idee die panasiatische ist. Asien den Mächten. Rußland hat hierbei geschickt die Hand im Spiel. Auch die immer wieder Japan bewegende Frage der Kooperation mit China, Interessen- und Aktionsgemeinschaft, spielt in diese Bewegung. Die zweite ist die pazifische Bewegung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die eine rein kapitalistische ist. Amerika möchte sich gerne in die nordchinesischen und mandchurischen Eisenbahnen einschließen. Daher auch Amerikas Annäherungsversuch an Rußland, die letzten mit dem Räder der Anerkennung für die Sowjetrepublik. Und schließlich die Politik der alten Kolonialmächte, eine Art Rückversicherung des gegenseitig begangenen Unrechts, wobei England Indien, Japan Formosa und Frankreich Indochina im Auge hat. Die Sucht, diesen Besitz zu erhalten, wirft ihre Schatten auch auf die Abrüstungsfrage. Ein Nachgeben hierin werde keine Rückwirkung auch in den Kolonien haben. Indochina macht den Franzosen mehr Schwierigkeiten, als die meisten wissen. Das Kraftfeld in Asien wird einmal Entscheidungen verlangen. Es ist Pflicht der deutschen Politik, hier die Augen aufzuhalten. Hier sind einzigartige Möglichkeiten, wieder von unseren Bedrängern frei zu werden.

Dr. K.

Aus Kunst und Leben.

* Frankfurter Theaterbrief. Unter Frankfurter Mitarbeiter schreibt uns: Nachdem auch das Neue Theater seine Ludwig-Fuda-Ordnung mit dem zwar schon etwas angestaubten, aber dennoch gefälligen Lustspiel „Jugendfreunde“ hinter sich hatte (Regie: Dr. L. Weiss; Hauptrollen: Günther, Ebers, Costa und Else Konrad), bot es als reichsdeutsche Aufführung „Opernball 13“

Wiesbadener Nachrichten.

Bevölkerungsbewegung in der Stadt Wiesbaden

im Monat September 1932.

Nach dem Bericht des Statistischen Büros der Stadt hatte die Bevölkerungsbewegung in Wiesbaden im Monat September 1932 folgendes Ergebnis, dem die Vergleichszahlen des Vormonats in Klammern beigefügt sind: Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl der Stadt Wiesbaden betrug am 30. September 1932 = 153 039 (152 979); 67 475 (67 457) männliche und 85 564 (85 522) weibliche Personen.

Die Zahl der Eheschließungen belief sich auf 124 (122).

Im Berichtsmonat wurden in der Stadt Wiesbaden 153 (150) Kinder lebend geboren. Davon waren 73 (81) männlich, 67 (74) weiblich und 6 (7) unehelich und 80 (69) weiblich, 72 (62) ehelich und 8 (7) unehelich.

Gestorben sind im Berichtsmonat zusammen 115 (148) Personen und zwar 67 (82) männlichen und 48 (66) weiblichen Geschlechts. Unter den 115 (148) Gestorbenen waren 9 (16) Ortsfremde. Von den Todesursachen sind zu nennen: Krebs mit 19 (12), Herzkrankheiten mit 18 (23), Gehirnschlag mit 10 (15), Tuberkulose mit 9 (14), Nierenentzündung mit 8 (5), Lungenentzündung mit 5 (8) Fällen. 6 (8) Todesfälle wurden durch gewaltsame Einwirkungen verursacht und zwar 2 (6) durch Selbstmord und 4 (2) durch Unglücksfälle.

Die Zahl der im Berichtsmonat von auswärts zugezogenen Personen betrug 1104 (851), fortgezogen sind in der gleichen Zeit 1082 (937) Personen.

Die Ablösung der Hauszinssteuer.

Mit dem dreifachen Jahresbetrag.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst aus Berlin mitteilt, wird in Nummer 59 der preussischen Gesetzammlung eine vom preussischen Staatsministerium erlassene Verordnung zur Änderung der Hauszinssteuerverordnung veröffentlicht, durch die in die Hauszinssteuerverordnung vom 9. März 1932 folgender § 1a neu eingeführt wird:

„Die Hauszinssteuer kann auch noch in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 31. März 1933 mit dem dreifachen des vollen Jahresbetrages der Hauszinssteuer abgelöst werden. In diesem Falle sind die für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum 30. September 1932 erhobenen Hauszinssteuerbeträge zur Hälfte auf den Ablösungsbetrag anzurechnen. Die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zur Entrichtung des Ablösungsbetrags fällig gewordenen Hauszinssteuerbeträge sind neben dem Ablösungsbetrag zu zahlen.“

§ 7 der Hauszinssteuerverordnung vom 9. März d. J. erhält durch die neue Verordnung eine neue Fassung, nach der von dem Aufkommen aus der Ablösung nach Abzug der gemäß § 3 erforderlichen Beträge zu verwenden sind:

1. je 33 ⅓ v. H. der im Rechnungsjahr 1932 eingehenden Ablösungsbeträge für den allgemeinen Finanzbedarf in den Rechnungsjahren 1932 und 1933.

2. 33 ⅓ v. H. der im Rechnungsjahr 1932 eingehenden Ablösungsbeträge für die Durchführung der Umwälzung der Gemeinden, jedoch insgesamt höchstens 76 Mill. M. Die Ablösungsbeträge werden zwischen dem Lande und den Gemeinden (Gemeindeverbänden) nach dem in den einzelnen Rechnungsjahren jeweilig geltenden Schlüssel verteilt.

Gegen die Übersteuerung des Kraftfahrwesens.

Eine Protestkundgebung der Automobilisten.

Der Kassauische Automobilklub, E. B., Wiesbaden (Ortsgruppe des ADAC) veranstaltete Dienstagabend im Hotel „Einhorn“ eine starkbesetzte Protestversammlung gegen die Bedrückung des Kraftfahrwesens und die mit ihr verbundenen Schädigungen des Wirtschaftslebens. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Pirath hielt der 2. Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Schröder 1. das Referat. Er verlas zunächst eine Zu-

stimmung des Hotel- und Gastwirtsverbandes, die auf die Schädigungen für den Kur- und Fremdenverkehr Wiesbadens hinweist. Krieg und Inflation haben das deutsche Kraftfahrwesen stark gehemmt und Deutschland stand zurück in der Motorisierung gegenüber dem Ausland. Nach der Stabilisierung der Währung nahm jedoch das deutsche Kraftfahrwesen einen großen Aufschwung und war auf dem besten Wege, ein starker Halt in der gesamten deutschen Volkswirtschaft zu werden. Die Steuererträge fliegen, die Straßen konnten ausgebaut und meistabgegraben Gebiete dem Verkehr erschlossen werden. Eine schonende Behandlung seitens der Regierung wäre nachliegend gewesen, denn 200 Millionen Mark direkter Steuern kamen in Frage. Der Rückstand gegenüber den anderen Ländern hätte eingeholt werden können. Dagegen erfolgte vor 2 ½ Jahren ein Ansturm auf die deutsche Kraftverkehrswirtschaft, als sich bei der Reichseisenbahn ein starker Rückgang bemerkbar machte. Infolge der fiskalischen Mehrbelastung sollten die Steuern des Kraftfahrwesens auch anderen Zwecken dienen. Der ADAC reichte bereits 1930 eine Steuerdenkschrift ein, an Stelle der Pauschalsteuer die Betriebssteuer zu setzen. Auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat warnte schon 1930 in einem Gutachten vor einer zu großen Belastung. Doch alles war vergeblich. Die Reichsregierung brauchte größere Einnahmequellen. April 1930 wurde die erste Spritabnahme aufgeführt für die Betriebszwecke. Der Spritabnahmezwang vergrößerte sich von Jahr zu Jahr und ist heute auf 10 Prozent erhöht. Das ergibt eine Mehrbelastung für den Kraftwagenverkehr von 70 Millionen Mark gegenüber 25 Millionen Mark Zolleinnahmen aus ausländischen Betriebsstoffen, auf die das Reich verzichtete. Es wurde zwar eine Inlandsausgleichsabgabe eingeführt, die aber bald wieder verschwand. Der Spritzwang fordert mit 70 Mill. Mark eine zu große Summe. So wurde in den letzten Jahren der Betriebsstoff wesentlich verteuert, was eine Abnahme der Kraftwagen zur Folge hatte. Die Reichsbahn führt den Kampf gegen den Kraftwagenverkehr, besonders den der Lastwagen, während die Reichsregierung die Monopolisierungsbestrebungen der Reichsbahn unterstützt. Der Kraftverkehr, der auch ein großes Volkswirtschaften mit vielen Steuern und Abgaben darstellt, geht dem Ruin entgegen, wenn nicht bald Änderungen eintreten. April 1930 betrugen die Pauschal- und anderen Steuern für das Automobilwesen 242 Millionen, heute sind es bereits 500 Mill. und mehr. Über 132 000 Kraftwagen waren schon am 1. Juli abgemeldet. In Kürze werden ein Fünftel bis die Hälfte der Kraftwagen stillgelegt werden müssen. Die Pauschalsteuer wenigstens bis 1. April um 50 Prozent als das Mindeste zu senken, wurde abgelehnt. Der Redner verlas dann eine Entschließung, die nach einigen Änderungen zur Ablesung an den Reichstagsrat, das Finanzministerium und sämtliche politische Parteien angenommen wurde. Sie lautet:

„Die am 25. Oktober 1932 in Wiesbaden im Hotel „Einhorn“ versammelten deutschen Kraftfahrzeugbesitzer und Verbände haben mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß seitens der Reichsregierung nichts unternommen wurde, um die vernichtenden Lasten des deutschen Kraftfahrzeugwesens zu mildern, sondern im Gegenteil neue, jeder Wirtschaftsentfaltung höhnischende Abgaben durch die Benzinverteuerung auferlegt wurden bei gleichzeitiger Verschlechterung des Betriebsstoffes. Wir verlangen Herabsetzung der Pauschalsteuer um mindestens 50 Prozent und des Benzin- und Benzolpreises ebenfalls. Gleichzeitig wird die Reichsregierung ersucht, die neugegründete internationale Betriebsstoffkonvention zu verabschieden, da sie nur verteuern und volksausbeutend wirkt.“

— Wiesbadener Gäste. Im Westminister-Hotel sind abgestiegen: der niederländische Konsul Batema aus Manila, der Direktor der Reichsbahn Pirath aus Essen, ferner die Mitglieder des Budapestener Lener-Quartetts aus London.

— Der Kellam-Luzung am Vortagesonntag. Für den Aufbau von Kellamewagen können sowohl die Lieferwagen der Firmen, als auch Autos, Lastwagen und Fahrräder Verwendung finden. Auch die Beteiligung von Fußgängergruppen ist zugelassen. Der Zug wird in diesem Jahre wieder mittags um 1 Uhr am Neuen Museum aufgestellt werden und nimmt von dort seinen Weg durch die Wilhelmstraße, Große Burgstraße, Schloßplatz, Marktstraße, Wilhelm-

* Die Burg des Tiberius auf Capri erhebt wieder. Unter den großen Ausgrabungswerken, die das neue Italien mit so leidenschaftlichem Eifer betreibt, erweisen die im Sommer dieses Jahres begonnenen Arbeiten auf Capri, der Stadt, wo der einsame Tiberius die letzten 11 Jahre seines Lebens verbrachte, ein besonderes romantisches Interesse. Ihren Ausgangspunkt haben sie mit der Freilegung der „Villa Tiberius“, genommen, mit dem sogenannten „Palast des Tiberius“, und schon der gegenwärtige Stand des Unternehmens, über den Professor Majuri in der Times berichtet, verheißt reichen Erfolg. Zunächst wurde der Südteil des Palastes von der Erde und den umherliegenden Trümmern befreit und beginnt nun seine eindrucksvollen Umrisse zu zeigen. Die obere Terrasse wurde bloßgelegt und es kam eine halbkreisförmige Halle zutage, die vielleicht als Empfangsraum gedient hat. Ebenso hat man die vier gewaltigen Ziffern aufgedeckt, die genügend Regenwasser für den gesamten kaiserlichen Haushalt anzusammeln vermochten. Ein anderer glücklicher Fund legte den Teil des Baus frei, in dem sich die kaiserlichen Privatgemächer, darunter der Baderaum und die geräumigen zu ihm führenden Gänge befanden. Die Ausgrabungen an der Westseite zeigten, daß der Palast hier vier Geschosse aufwies, die auf starken Gemäueren ruhten. Die reichen Funde von bunten Marmorarten und Bruchstücken von Vasen zeugen für den verschwenderischen Schmuck des Bodens und der Wände. Die nächsten Arbeiten werden dem Westteil, der die Wohnräume enthält, sowie den Terrassen und Gärten gelten. Dann wird die „Villa Tiberius“, hoch auf der Felsenipitze gelegen, sich in ihrem alten festungsartigen Charakter offenbaren und von neuem als eindrucksvolle Schöpfung offenbaren, die je ein die Einfachheit ersehnenber Herrscher für seinen persönlichen Gebrauch errichtet hat. Eine unzugängliche Zitadelle scheint sie mehr dem Wunsche nach Sicherheit und Machtentfaltung als nach Ruhe und Frieden ihre Entstehung zu verdanken. Aus den rings verstreuten Trümmern römischer Villen und Gebäude, die die lieblichsten Teile der Insel Capri bergen, ragen neben des Tiberius, „Villa Tiberius“, das „Schloß am Meer“, und die „Villa auf dem Castiglione“, das „Schloß am Meer“, und die „Villa Tiberius“ fügen auf den ragen den Gipfeln gleich einer mittelalterlichen Ritterburg aufgezogen und erkennen wir heute mit Sicherheit in der Burg des Kaisers Tiberius, von der Plinius spricht, so bildete das „Schloß am Meer“, ganz dicht an der See, an der von der Marina Grande zum Fuß des Monte Solari hinührenden breiten Straße gelegen, eine kühle und verschatteterlich ausgestattete Sommerresidenz, die von den erfrischenden Nordostwinden umscheltet wurde. Das dritte

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

Wiesbadener Tagblatt

NAT. VERS.	185						Zahl d. Sitze
	1919	74	89	22	42		
REICHSTAG	1920	194	49	89	62	66	466
	Mai 1924	62	100	38	81	44	497
	DEZ. 1924	45	131	32	88	51	493
	1928	54	152	33	78	45	490
	1930	77	143	28	87	28	577
	1932	89	133	97	16	37	608
K.P.D. S.P.D. DEM. ZENTR. + BAYR. V.P. VOLKSP. RECHT. MITTELP. D.N.V.P. N.S.D.A.P.							

Zur Reichstagswahl.

Wie setzte sich die deutsche Volksvertretung seit 1919 zusammen? Unsere Statistik zeigt die verhältnismäßige Stärke der einzelnen Parteien in der Nationalversammlung und in den sechs folgenden Reichstagen. Die eingeschriebenen Zahlen zeigen die jeweils erreichten Mandatsziffern der Parteien an. (1932 ist die Abgeordneten-zahl der Deutschen Volkspartei in dem Block der rechtsstehenden Mittelparteien einbezogen.)

berg, Wellstrasse, Bismarckring, Bleichstrasse, Schwalbacher Strasse, Rheinstraße, Oranienstraße, Kaiser-Friedrich-Ring, Moritzstraße, Kirchgasse, Langgasse, Webergasse. Der Zug endigt um 3 Uhr am Kurhaus. Er wird von einer Musikkapelle begleitet. Für die Durchführung des Zuges hat sich der Kaufmännische Verein wieder die Mithilfe der hiesigen Künstlergesellschaft und der Ortsgruppe des Deutschen Kellner-Verbandes gesichert, die den Firmen auf Wunsch gegen mäßiges Honorar gerne an Hand gehen.

Staatskommissar und Winterhilfe. Der Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege in Preußen hat in einem besonderen Erlaß die Oberpräsidenten auf die Durchführung der Winterhilfe in Preußen hingewiesen. Da die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege das Schwergeheimnis der Hilfsverteilung auf die einzelnen örtlichen Sammlungen gelegt hat, so wird nach dem Erlaß der Regelung und Beaufsichtigung Aufgabe der Provinzialen und örtlichen Behörden sein. Im Einvernehmen mit dem Preussischen Minister für Volkswohlfahrt ersucht der Staatskommissar, die erfolgreiche Durchführung der Winterhilfe durch Erteilung weitestgehender Sammlungs- und Veranlassung, durch Zusammenfassung aller zur Mitwirkung bereiten und berufenen Kräfte, sowie durch Verhinderung ungeschicklicher, zu einer Zersplitterung führenden Sonderaktionen wirksam zu fördern. Eine Zersplitterung braucht da nicht angenommen zu werden, wo von den verschiedenen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege im gegenseitigen Benehmen eine Form der Sammlung und der Hilfeleistung gewählt wird, die es den einzelnen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege ermöglicht, die ihnen eigentümlichen Kräfte, besonders weltanschaulicher Art, in eigener selbständiger Arbeit voll einzusetzen, ohne daß dadurch die Planmäßigkeit in der Sammlung und die Verwendung der Spenden im Sinne der gemeinsamen Winterhilfe verloren geht.

Die Tagung der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Volksernährung“, die vom 25. bis 29. Oktober in Wiesbaden stattfand, wurde Dienstagabend im Vortragssaal des Museums eröffnet. Professor Dr. Determann nahm

die Eröffnung mit einleitenden Begrüßungsworten im Namen des Wiesbadener ärztlichen Vereins vor. Der Verein unterstützt die Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft, da die Ernährungsfrage nach sehr der Aufklärung hinsichtlich der richtigen Verhältnisse der verschiedenen Nahrungsstoffe zur Ernährung als auch durch größere Wirtschaftlichkeit des Einkaufs bedarf. Hierher gehören auch die Beziehungen zur Handelspolitik, Landwirtschaft, sowie zu nationalen Interessen, um die heimischen Mittel zu bevorzugen. Der ärztliche Verein hat diese Gesichtspunkte stets ins Auge gefaßt, und begrüßt daher die Tagung. Stadtrat Dr. Jann betonte das Interesse der Stadt Wiesbaden im Blick auf Kur- und Fremdenverkehr. Im Städtischen Krankenhaus wird die Diätetik gepflegt, und die Stadtverwaltung hat die diesbezüglichen Aufklärungsanstrengungen (Krebstherapie usw.) in der Volkshochschule warm unterstützt. Dann sprach Dr. Winkel (Berlin) über die Tätigkeit der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Volksernährung“, die 1928 im Anschluß an die große Ernährungs-Ausstellung in Berlin gegründet wurde, eine Zeitschrift als Sprachorgan für das große Gebiet der Volksernährung schuf, daneben Kurse, öffentliche Vorträge, Versammlungen, Sitzungen veranstaltet, die große Beachtung fanden. An den Kurien nahmen bereits über 6000 Interessenten teil; sie wollen auch die Laien unterrichten. Anschließend hielt Dr. Winkel einen umfassenden Vortrag über: „Wirtschaftliche, hygienische und soziale Bedeutung rationeller Ernährung“, in dem er in großen Zügen die Hauptfragen der Ernährung überblickte. — Der Kursus findet im Städtischen Krankenhaus statt. Von Autoritäten auf dem Gebiet der Ernährungswissenschaft und der Diätbehandlung werden vormittags Vorträge gehalten, während nachmittags praktische Einführungen erfolgen.

Badwaren von 6 Uhr morgens ab. Der Polizeipräsident schreibt: Den Bädereien, Konditoreien und Brotfabriken wird zur Kenntnis gebracht, daß offene Verkaufsstellen (zum Beispiel Zweiggeschäfte, Wiederverkaufsstellen, Verkaufsstellen von Konsum- und ähnlichen Vereinen) künftig mit Badwaren von 6 1/2 Uhr ab beliefert werden dürfen. Die Abgabe und das Ausstragen von Badwaren unmittelbar an die Verbraucher ist von 6 1/2 Uhr ab gestattet. Belieferung und Abgabe (Ausstragen) sind zeitlich vom Verlassen des Bädereigrundstücks an zu rechnen.

Eine Ausstellung „Das finanzierte Eigenheim“ wurde Dienstagnachmittag im Saale des Gewerbevereins für Nassau (Rheinstraße 38) eröffnet. Mit Arbeiten der Architekten BDA, Freundlich (Biebrich), Herz (Wiesbaden) und Freitag (Mainz), in Modellen und Zeichnungen will sie zu praktischen und billigen Eigenheimen den Weg bereiten. Bei Besitz des Grundstücks sind an eigenem Kapital 40 Prozent nötig, das auf Sperrkonto angelegt wird. Der Erwerb geeigneter Grundstücke wird vermittelt. Die ausgestellten Projekte sind auf preiswürdiger Basis aufgebaut, umfassen 3 1/2- bis 5-Zimmerwohnungen in Einzel- und Doppelhäusern. Besonders empfehlenswert ist dieser Weg deshalb, weil heute Hypotheken so gut wie gar nicht zu haben sind, während hier die Beschaffung der Hypothek dem Bauherrn vollständig abgenommen ist. Die Projekte, je als Einzel- oder Doppelhaus gedacht, sind in der Anlage verschieden. Alle Entwürfe haben ihre Orientierung nach der Himmelsrichtung erhalten. Der Oberstod ist vollständig ausgebaut gedacht. Die Treppenanlage verlangt möglichst wenig Raum, da sie meist als Wendeltreppe nach oben führt. Der Zugang zum Keller hat auch wenig Raum zu beanspruchen. Bei einem Plan ist das Treppenhaus in den Wohnraum einbezogen als Wendeltreppe. Ein anderer Plan ist ein großer Raum als Wohn- und Esszimmer zugleich gegliedert. Die außerordentlich wirtschaftliche Planung fällt sofort auf. Taktion- und Nassbauweise kommen in Frage. Angegliedert ist eine Ausstellung von verschiedenen Heraklith-Leichtplatten für die Heraklith-Bauweise. In der Ausstellung bietet sich gute Gelegenheit für Interessenten, sich bei Bauprojekten zu unterrichten, umso mehr, als private Wünsche in die Projekte eingearbeitet werden.

Wohnungsmiete im eigenen Haus. Zur Einkommensteuer liegt wieder ein Urteil des Reichsfinanzhofs vor. Die übliche oder gelegentliche Miete, die bei Vermietung an Dritte zu erzielen wäre, ist regelmäßig die Untergrenze des Mietwerts der eigenen Wohnung. Der Senat weicht von dem Grundsatz im Sinne des Einkommensteuergesetzes nicht ab, wonach der Wert nach den Mittelpreisen des Verbrauchsorts anzusetzen ist. Sie sind nur dann nicht maßgebend, wenn das Wohnen im eigenen Haus dem Besitzer einen größeren Vorteil gewährt, als dies bei freier Vermietung möglich wäre, in dem Falle war die gelegentliche Miete mit 128 Prozent die Untergrenze dessen, was als Mietwert dem Einkommen zugrunde zu legen war. Es ist gleichgültig, ob die

Miete die durchschnittlichen Kosten einschließlich Verzinsung übersteigt. Die Kosten für den Hauswart dürfen nicht abgezogen werden. Der Wert seiner Wohnung ist auch zu berechnen. Aufwendungen für Personalräume sind gleichfalls beim Einkommen nicht abzuziehen. (VI A, 1080/31).

Neues von der Post. Am 20. Oktober ist der Bild-telegraphendienst zwischen Berlin und der Vatikanstadt eröffnet worden. Der Verkehr wird zwischen den Bildstellen Berlin und dem Vatikan abgewickelt. Die Gebühr für 1 Quadratcentimeter Fläche beträgt 17 Pf., der Mindestsatz für ein Bildtelegramm 17 M. Die Bilder dürfen nicht größer sein als 13x18 Zentimeter. Sonst gelten die Bedingungen dieses Verkehrs nach Italien. — In demselben Tage ist der Fernsprechverkehr mit Belgisch-Kongo über die Verbindung Brüssel—Leopoldville eröffnet worden. — Mitgeteilt wird ferner, daß keine Briefpost nach Ostasien in Verlust geraten ist. Ein großer Teil der über Sibirien abgegangenen europäischen Briefe für das Land war wegen der Überschwemmungen und der politischen Wirren aufgehalten worden. Es wurde bereits mit dem ganzen Verlust gerechnet. Die japanische und die chinesische Postverwaltung bestreitet jetzt aber den Eingang aller vermögenden Sendungen. Dasselbe gilt für Hongkong und die Philippinen. — Auf Briefen und Päckchen mit zollpflichtigem Inhalt nach Argentinien werden von den deutschen Abnehmern leider immer noch häufig die grünen Zollzettel nicht geklebt. Die Beamten sollen gegebenenfalls die Absender darauf hinweisen.

Der Irrtum am Schalter. Am 21. oder 22. Oktober hat am Schalter 12 des Hauptpostamts bei Einzählungen oder beim Geldwechseln jemand 100 Mark zu wenig bezahlt. Insbesondere möge sich das Geschäftsfrauen melden, das 200 Mark wechseln ließ, aufeinander aber nur einen Hundertmarkschein hinlegte. Um Abgabe der 100 Mark wird gebeten, da der Beamte den Fehlbetrag ersehen muß.

Strassenperrung in Schierstein. Zwecks Ausführung von Strassenbauarbeiten wird die Hafentstraße in Wiesbaden-Schierstein zwischen der Rheinstraße und dem Besten des alten Friedhofes von heute ab bis zum 5. November für den Fahrverkehr gesperrt.

Tödlicher Absturz über das Treppengeländer. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstagnachmittag in einem Hause der oberen Dohheimer Straße. Dort sollte die neunjährige Schülerin Franziska M. aus dem Hirschgraben eine Bekleidung ausrichten. Im dritten Stockwerk des Hauses beugte sich das Kind über das Geländer, verlor das Gleichgewicht und stürzte in den Hausflur hinunter. Hausbewohner, durch den Aufschrei des Kindes aufmerksam geworden, nahmen sich des verunglückten Mädchens an und sorgten für erste Hilfeleistung. Das Sanitätsauto brachte das Kind, das einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen erlitten hatte, nach dem Paulinenstift, wo es noch am Abend seinen Verletzungen erlegen ist.

Wohnungseinbruch. Am 20. d. M., in der Zeit zwischen 19.45 und 23.25 Uhr, wurden in der Dohheimer Straße im Stadtteil Biebrich mittels Wohnungseinbruchs 1 silbernes Vilservise, bestehend aus Tafel- und 6 Bechern, und 1 getragene blaue Herrenhose gestohlen.

Manjarden-Einbruch. Am 21. d. M. wurde in Mainz mittels Manjarden-Einbruchs eine goldene Damen-Armbanduhr, Marke „Marins“, sechseckig, längliches Format, goldenes Zifferblatt mit arabischen Zahlen, mit massivem goldenem Armband von etwa 1 Zentimeter Breite, ferner 1 Goldfüßfederhalter mit der Silberaufschrift „Alte Berlinische Feuerversicherung“ gestohlen. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Kriminalpolizei in Mainz oder an die hiesige Kriminalpolizei, Zimmer 36, erbeten.

Diebstahlschronik. In der Nacht zum 8. d. M. wurden von einem Grundstück im Distrikt „Güldenmarkt“ im Stadtteil Biebrich etwa 10 Meter engmaschiges Drahtgeseht von 50 Zentimeter Höhe gestohlen. — In der Nacht zum 25. d. M. wurde aus einem Grundstück an der Kaiser-Ede August-Wilhelm-Straße eine prämierte Hahn (blauer Wiener) entwendet. — Am 11. oder 12. d. M. wurde aus dem Hofe der ehemaligen Unteroffizierschule im Stadtteil Biebrich 1 zweirädriger ungeführter Handwagen mit gewöhnlicher Stokkange gestohlen. Am 25. d. M. wurde vor dem Hause Richelsberg 22 ein fast neuer zweirädriger Waldwagen mit bläulichem Anstrich und 4 Stützen entwendet.

Wiesbaden-Schierstein.

Der älteste, 78 Jahre alte Einwohner Schiersteins, Herr Friedrich Lohn, ist vergangene Woche gestorben.

Das Freudenbergsfest der Turngemeinde Schierstein am Sonntag hatte rege Anteilnahme der Bevölkerung aufzuweisen. Die Wettkämpfe der Turner und Jäglinge begannen vormittags um 9 Uhr; es wurden recht beachtliche Leistungen erzielt. Am Nachmittag zeigten die Turnhüser ihre Leistungen. Die Siegerehrung wurde abends um 6 Uhr in der Turnhalle vorgenommen, bei der der 1. Vorsitzende Lang nicht versäumte, den Turnern Worte der Anerkennung zu sagen.

Die Eheleute Landwirt Eduard Schäfer und Frau Henriette, geb. Rir, Küferstraße 1, begingen das Fest der Silbernen Hochzeit.

Ein hiesiger Fischer fing im Rhein einen prächtigen Silberkarpfen von etwa 20 Pfund. Der Karpfen ist im Bassin des Restaurants „Rheinlust“ ausgestellt.

Wiesbaden-Bierstadt.

Unser Mitbürger Siegfried Schröder begeht heute, Mittwoch, in Frische seinen 80. Geburtstag.

Eine 32 Pfund schwere Didwurz konnte dieser Tage Landwirt Christian Ruth, Schwarzgasse, ernten. Er hat sie im „Adler“ zur Schau gestellt.

Vorberichte

über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

Nassauisches Landestheater. Die Wiesbadener Nachrichten wiederholen ihr mit großem Beifall aufgenommenes Gasspiel mit der literarischen Fassung „Hier ist Goethe“ im Kleinen Haus am kommenden Montag; der Vorverkauf beginnt am Freitag. — Im Kleinen Haus wird gegenwärtig ein modernes Schauspiel von Erwin Guido Kolbenheyer vorbereitet, der damit zum erstenmal in Wiesbaden aufgeführt wird: „Tagt ihn — ein Mensch!“, das Schicksal eines Erfinders. Die Hauptrollen spielen die Herren Reymor, Jäger-Westphal, Sekund, Stordel, und die Damen Heydenreich und Hartegg. Inszenierung: Hoff Hoff.

herausragende Bauwerk, die „Villa auf dem Castiglione“ ist nach den Grundrissen, die man in früheren Zeiten für Archäologie hielt, von ihrem Erforscher Habrawa ihrer toten Füßböden und ihres plastischen Schmuckes beraubt worden. Aber weit werden alle römischen Gebäude der Insel von jener Villa überragt, die Tiberius dem Vater der Götter als eine Art Kapitol auf Capri weihte. Ganz nahe bei ihr, auf jenem steil abfallenden Felsen, der als „Salto di Tiberio“, die Todesklippe, von der Tiberius angeblich seine Opfer ins Meer stürzte, bekannt ist, erhebt sich ein Leuchtturm, dem römischen Meere der Boche di Capri und dem Vorgebirge Athenos auf der Halbinsel Sorrent gegenüber; von ihm berichtet die Sage, daß er in der Todesnacht des Tiberius durch einen Blitz vernichtet und später von Domitian wieder neu errichtet worden ist. Der größere und zweifelslos besser erhaltene Teil der „Villa Jovis“ liegt nach unter der Erde begraben, landeinwärts auf dem westlichen Abhang gegen die Marina Grande hin. Der Ausgrabung harret die schwierige Aufgabe, eines der kompliziertesten römischen Bauwerke des ersten Jahrhunderts unter Anwendung aller notwendigen Sicherungs- und Befestigungsarbeiten ans Licht zu heben. Die Stätte der letzten Lebensjahre eines tragischen Herrschers, die von der Phantasie der Geschichtsschreiber zum Schauplatz ausschweifender Verbrechen gemacht worden ist.

Eine Büchereischule in Stettin. Bei der Stettiner Stadtbücherei wird am 2. November eine vom Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung anerkannte schulmäßige Ausbildungsstätte für Volksbibliothekare und Volksbibliothekarinnen eröffnet. Der Ausbildungsgang dieser neuen Studienanstalt dauert jeweils drei Semester und bildet die zweite Hälfte der für die Zulassung zum staatlichen Volksbüchereikamen vorgeschriebenen dreijährigen Gesamtbildung. Ihre erste Hälfte besteht aus einem Praktikantenjahr an einer vollständigen Bücherei und aus einem Praktikantenhalbjahr bei einer rein wissenschaftlichen Bibliothek. Zunächst wird 19 Büchereischüler aufgenommen werden. Geleitet wird die Schule von dem Direktor der Stettiner Stadtbücherei.

Theater und Literatur. Der sudetendeutsche Lieddichter Dr. Niklaus Schuster hat soeben eine große dramatische Oper nach dem Roman von Stenlewicz „Qua Vadis?“ vollendet. Der Klavierauszug und das Textbuch der Oper wird kürzlich im Kaja-Verlag in Jallanau a. Eg. CSR. in Druck erscheinen.

mann. Die erste Aufführung ist für den 5. November angesetzt.

* **Kurhaus.** Der Gesellschaftsspaßiergang am Freitag führt zum Schützenhaus (Goldsteintal). Treffpunkt 14.30 Uhr am Haupteingang des Kurhauses. — Die Dekoration zu dem „Rheinischen Winzerfest“ am Samstag in sämtlichen Räumen des Kurhauses wird von der Bezirksgruppe Wiesbaden im Reichsverband des Deutschen Gartenbauvereins ausgeführt. Der kleine Saal und die Wandelhalle tragen wieder Lauben und Rischen, und ganz besonderes Interesse wird der Weinbrunnen in der Wandelhalle erregen. Während im großen und kleinen Saal sowie im Weinloal Jazzkapellen zum Tanze aufspielen, ist in der Wandelhalle eine Schrammelmusik platziert. Der rheinischen Stimmung und dem rheinischen Leben wird durch Vorträgen der Tanzschule Sier, sowie durch rheinische Stimmungslieder, gesungen von Kurt Münich, Ausdruck verliehen.

* **Zusammenkunft der Kurverwaltung.** Am 2. Julius-Konzert am Freitag wird Generalmusikdirektor Carl Schürich folgende Werke zur Aufführung bringen: Hugo Hermann: Konzertmusik für Streichorchester, Trompete, Klarinetten und drei Pauken; J. Mendelssohn-Bartholdy: Italienische Sinfonie A-Dur; J. Smetana: „Die Moldau“, symphonische Dichtung. Der Geiger Wilhelm trägt das Violin-Konzert von Tschaikowsky vor.

* **Vortrag.** Im Kasino findet am 27. Oktober, abends 8 Uhr, ein Vortrag über „Suggestion und Autosuggestion und ihre neuesten praktischen Ergebnisse“ statt. Die Vortragende, Frau M. Gerlach, Leiterin des Institutes für praktische Psychologie, Mitglied der Internationalen Gesellschaft für Psychologie, wird dieses Thema auf Grund reicher Erfahrungen behandeln und besonders über ihre eigenen neuesten Entdeckungen auf diesem Gebiete sprechen.

Wiesbadener Lichtspiele.

* **Das Balhalla-Theater** bringt den neuen Anna-Andra-Tonfilm „Kiki“, nach dem bekannten Theaterstück von André Picard. In den weiteren Hauptrollen: Hermann Thimig als Partner, Bertha Dittus, Paul Otto, Willi Schaeffers, Walter Pittschau und Edith d'Amara. Regie führte Walter Ramac. Bühnenschauspiel und Balhalla-Programme ergänzen den Spielplan.

Aus dem Vereinsleben.

* **Die Kameradschaftliche Vereinigung des ehemaligen Nassauischen Feldartillerie-Regiments Nr. 27** Dranien in Wiesbaden veranstaltet am Samstag, 20.30 Uhr, im Kasino, Friedrichstraße, eine Mitgliederversammlung, bei der insbesondere die 100-Jahr-Feier unseres alten nassauischen Regiments, die im nächsten Jahr begangen werden soll, sowie die Frage der Denkmalserrichtung besprochen werden soll. Außerdem wird der 1. Vorsitzende, Herr Stadtrat Kaiser, einen kriegsgeschichtlichen Vortrag halten über „Die Wer in der Schlacht bei Reims, am Brimont und bei Soissons im Jahre 1914“.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Der Raubmord an dem Fuhrmann Wagner.

— **Frankfurt a. M., 25. Okt.** Bei der Kriminalpolizei meldete sich jetzt ein Zeuge, der in der Nähe der Nordstraße wohnt und wiederholt beobachtet hat, daß in Begleitung des Wagner oft sich ein Mann befunden habe, der entweder auf dem Ruderer mit sich oder nebenher ging. Der Zeuge wurde jetzt im Gerichtsverfahren zwölf Personen gegenübergestellt. Ohne Befragen holte der Mann aus der Schar den Förster als die Person heraus, die er in Begleitung des Wagner gesehen hat. Damit ist Försters Behauptung, daß er Wagner überhaupt nicht gekannt habe, wiederum Lügen gestraft worden. Zu 95 Prozent sprechen die Indizien gegen Förster als den Mörder. Aber die Waffe fehlt, mit der der Wagner erschossen wurde. Und diese ist das wichtigste Indizium gegen Förster. Förster selbst hat noch keine Sühne gestanden und wird es auch fernerhin nicht tun, soweit man ihn kennt.

Totschlag auf der Kirchweih.

— **Frankfurt a. M., 25. Okt.** Auf der Oberurseler Kirchweih trug sich am 16. Oktober eine schwere Messerschere zu, die ein Todesopfer gefordert hat. Der Schuhmacher Andreas Kinkel kam an jenem Sonntagabend aus dem Café „Altkönig“ und wollte sich in Damenbegleitung zum Kirchweihplatz begeben. Unterwegs wurde er von zwei jungen Steinbacher Einwohnern angesprochen, die sich nach der Zeit erkundigten. Kinkel soll dabei angestochen worden sein. Jedoch entspann sich ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der angetrunkene Kinkel einen Schlag ins Gesicht erhalten haben soll. Kinkel griff zum Taschmesser und stach auf einen der Steinbacher ein, will aber der Meinung gewesen sein, daß er ihn nicht getroffen habe. Er verletzte jedoch den Fritz Graul so schwer, daß dieser nach seiner Verbringung ins Krankenhaus den Verletzungen erlag. Gegen Kinkel, der sich in Haft befindet, wurde nunmehr auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung wegen Totschlages eröffnet.

Frankfurter Chronik.

— **Frankfurt a. M., 25. Okt.** Die Vorgänge bei der Frankfurter Grauhäuser-G. m. b. H. beschäftigten nunmehr die Staatsanwaltschaft, die Voruntersuchung gegen fünf Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates wegen Bilanzverschönerung und genossenschaftlicher Untreue beantragt hat. Es sollen in Übersichten, Bilanzen usw. über den Stand der Genossenschaft unwahre Angaben gemacht worden sein. — Ein Schwindler ist am Werk, Spenden für die Kriegsgräberfürsorge zu sammeln. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Sammlung zugunsten der deutschen Kriegsgräber im Ausland laut Genehmigung durch den Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau erst am 1. und 2. November d. J. in Groß-Frankfurt stattfindet. Die Sammler und Sammlerinnen der Kriegsgräberfürsorge sind im Besitz polizeilich abgestempelter Ausweise. — Vor einigen Tagen wurde der Maschinenkloster G. unter dem Verdacht in Untersuchungshaft genommen, daß er kein neugeborenes eheliches Kind vorläufig und mit Überlegung getötet habe. Nach dem nunmehrigen Ergebnis der Ermittlungen erscheint der dringende Tatverdacht gegen G. nicht mehr gerechtfertigt und wurde er aus der Haft entlassen. Inzwischen wurde seine Frau in Haft genommen, die bisher im Krankenhaus weilte, weil sie nach unter den Folgen der Geburt litt. Die Ehefrau hat ein umfassendes Geständnis abgelegt, daß sie es war, die dem Kinde durch Hineinstecken der Finger in den Schlund verurteilte Verletzungen beibrachte, daß das Kind starb.



Die neue Kreuzigungsgruppe am Dom zu Limburg von Arnold Hensler (Wiesbaden), die jetzt an der Nordseite des Limburger Domes ihre Aufstellung fand.

Traubenverküperung der Frühmesserei.

— **Wüdesheim i. Rh., 25. Okt.** Auf dem hiesigen Rathaus wurde am Dienstag die Traubenverküperung aus den Frühmessereibergen wie alljährlich zur Versteigerung gebracht. Dabei handelt es sich um gute und böse Lagen der Eibinger und Wüdesheimer Gemarkung. Erlöst wurden für etwa 114 Ruten der Eibinger Gemarkung 71 Mark und für etwa 200 Ruten der Wüdesheimer Gemarkung 108 Mark je Ohm = 200 Liter Traubenmaß. Steigerer ist die Firma Hubert Wallenstein Nachf., Wüdesheim. Etwa 126 Ruten Wüdesheimer Burgweg und Magdalenenweinberg gingen zu 145 Mark je Ohm ab.

Forderungen der Kreissbauernschaft Wehlar.

— **Wehlar, 25. Okt.** Die Bauernschaft des Kreises Wehlar hat in ihrer Vertretertagung folgende Entschlüsse angenommen: Die Vertreter von über 4000 selbständigen Bauern des Kreises Wehlar haben sich eingehend mit den Fragen beschäftigt, welche durch den Übergang des Kreises Wehlar nach Nassau ausgelöst wurden. In vollkommener Einmütigkeit fordert das gesamte Landvolk des Kreises Wehlar die sofortige Einführung der nassauischen Landgemeindeordnung an Stelle der bisherigen rheinischen Amtsverfassung. Das Landvolk lehnt alle Bestrebungen auf das entschiedenste ab, die etwa darauf hinauslaufen, den seitlichen Verwaltungszustand in gleicher oder ähnlicher Form beizubehalten und erwartet von den maßgebenden Stellen, daß man ihm nunmehr schnellstens das Recht zur vollen Selbstverwaltung innerhalb der Gemeinden einräumt. Zur Vereinigung dieser Dinge wird die baldige Ausschreibung der Kreistagswahlen für unerlässlich gehalten, nachdem man die letzte Entscheidung wegen der Einführung der nassauischen Landgemeindeordnung im Kreise Wehlar dieser Stelle zugestanden hat. Infolge der zur Zeit auf diesem für unsern Kreis lebenswichtigen Gebiet ungeklärten Lage wird ein unerträglicher Schwerezustand geschaffen, den auf schnellstem Wege zu beenden unbedingt Pflicht aller beteiligten Instanzen sein muß. Wir erwarten deshalb auf das bestimmteste, daß die Regierung in allen ihren maßgeblichen Stellen den berechtigten Wünschen der Landbevölkerung des Kreises Wehlar Rechnung trägt und die Einführung der nassauischen Landgemeindeordnung ebenso wie die Neuwahl zum Kreistag umgehend herbeiführt.

Die Marburger Blindenstudienanstalt.

— **Marburg, 26. Okt.** Am Sonntag fand in der Marburger Blindenstudienanstalt die feierliche Schlüsselübergabe des neuen Werkstättengebäudes der Anstalt an den Direktor Strahl statt. Zahlreich erschienen Gäste, Vertreter der kommunalen und städtischen Behörden, sowie Abgeordnete anderer Blindenanstalten gaben der Feier ein würdiges Gepräge. Die Anstalt beschäftigt heute 75 Angestellte; sie hat 33 blinde Schüler und 22 Studierende in ihren Heimen, die umfangreiche Bibliothek ist auf 17 000 Bände in Blindenschrift und 7000 Bände in Schwarzschrift gestiegen. Die Anstalt, die im Jahre 1916 gegründet wurde, ist überhaupt die einzige Blindenstudienanstalt der Welt.

Abschluß der Kasseler Architektentagung.

— **Kassel, 25. Okt.** In einer internen Mitgliederversammlung des Bundes Deutscher Architekten, die den Abschluß des 29. Bundestages bildete, wurden mehrere Entschlüsse angenommen, die sich mit dem Berufsschutz der Architekten, dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, der Auflösung der Bauverwaltungen, dem Wohnungsproblem und den Bauparaffen beschäftigten. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung wird von der freien deutschen Architektenschaft begrüßt. Das Wohnungsproblem wird vom Bundestag im Hinblick auf den Umbau unserer Volkswirtschaft als nordringliche Aufgabe bezeichnet, jede Schematisierung jedoch als schädlich abgelehnt; ferner wurde eine organische Einordnung der Bauparaffen in das allgemeine Realcreditwesen durch Zusammenarbeit mit geeigneten Hypothekenbanken, sowie die Anpassung des bestehenden Hypothekenwesens an die Erfordernisse der Zukunft als notwendig bezeichnet. Die Sitzung fand mit der Neuwahl des Bundesvorstandes ihren Abschluß.

— **Nierstein a. Rh., 25. Okt.** Am Montagabend fuhr ein Motorradfahrer in eine Gruppe von vier jungen Leuten, die von Oppenheim kamen, hinein. Alle vier Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt; einer mußte in das Mainzer Krankenhaus verbracht werden.

— **Borch a. Rh., 25. Okt.** Nach einem arbeitsreichen Leben verstarb Schlossermeister Jakob Dahle nach kurzer Krankheit im Alter von 77 Jahren.

— **Eichhofen, 25. Okt.** Für große Verdienste auf caritativem und kirchlichem Gebiet wurde Lehrer i. R. Schäfer, geboren in Eichhofen, anlässlich der Einweihung der neuen St. Josephskirche in Frankfurt a. M. Bornheim das päpstliche Verdienstkreuz „pro ecclesia et pontifice“ verliehen.

— **Marburg a. d. L., 25. Okt.** Gestern nacht begegnete sich auf der Straße zum Bahnhof in Niederwallern mehrere junge Burken aus Fronhausen und Argenstein. Plötzlich wurde ein junger Mann aus Fronhausen aus unerklärlicher Ursache von einem anderen in den Rücken gestochen. Er wurde sofort nach einem Arzt und von dort zur Chirurgischen Klinik in Marburg gebracht. Es wurde festgestellt, daß der Stich in den Wirbel geführt wurde und das Rückenmark verletzt hat. Der Täter wurde festgenommen. Anscheinend hat er die Bluttat in angetrunkenem Zustand ausgeführt.

— **Hannau, 25. Okt.** Der 46 Jahre alte, verheiratete Profurist einer großen Fabrikationsfirma, H. Thielemann, hat sich aus bisher unbekannten Gründen erschossen.

— **Kleben (Kreis Fulda), 25. Okt.** Ein hiesiger Schreiner hatte in dem elterlichen Anwesen eine elektrische Lampe in einem Schweinefall selbst in unvorschriftsmäßiger Weise montiert. Beim Berühren der nicht ordnungsgemäßen Fassung erhielt er einen elektrischen Schlag, der den sofortigen Tod herbeiführte.

— **Kassel, 25. Okt.** Auf dem Dörnberg veranstaltete Sonntag der christliche Verein junger Männer ein Geländespiel. Ein 25-jähriger Jugendsekretär beachtete dabei nicht den Abhang der Helfenskeine und stürzte mit mehreren Teilnehmern in die Tiefe. Während er einen Bruch des rechten Unterschenkels davontrug, erlitt ein 18-jähriger Lehrling einen Bruch des linken Fußgelenkes und ein 14-jähriger Schüler eine erhebliche Quetschung. Die drei Verletzten wurden in das Rote Kreuz eingeliefert.

— **Marxahn (Westerbald), 21. Okt.** Im hiesigen Gemeindefeld fand ein Oberlandjäger zwei amerikanische Granaten, die noch aus der Besatzungszeit stammen. Da eine Granate (es handelt sich um zwei Blindgänger) in einem Baum, die andere in dem Waldboden. Man hat Vorkehrungen für die Vernichtung der Granaten getroffen.



Der Marsch der englischen Arbeitslosen nach London.

Eine Gruppe von Arbeitslosen aus dem Lancashire-Distrikt auf dem Hungermarsch. Auch in England nimmt das Arbeitslosen-Problem immer größere Bedeutung an. Aus ganz England haben sich große Trupps von Arbeitslosen auf die Hauptstadt in Bewegung gesetzt, um dort gegen die Herabsetzung der Unterhaltungsätze zu protestieren. Das Londoner Rathaus steht unter der Bewachung von über tausend Schutzleuten, da die Arbeitslosen von dem Stadtrat die kostenlose Unterbringung der herbeigeführten Demonstranten aus dem ganzen Königreich verlangen, und ihre Forderung unter Androhung von Gewalt vertreten wollen.

Das ist billig! Bis 10. Nov. 6 Karten 1⁹⁰

Eine Vergrößerung 18x24 n. d. eig. Orig.-Aufn. v. 70.5 an. Spezialität: Vergrößerungen n. d. schlechtesten Bilde billigst u. gut.

Foto-Samson Kirchgasse 44. Sonntags von 10-2 geöffnet

THALIA Theater

Heute unwiederruflich letzter Tag!

Greta Garbo

Mata Hari

Spielzeiten: 2.30, 4.35, 6.40, 8.45 Uhr

KURHAUS

Freitag, den 28. Oktober 1932, 19.30 Uhr im großen Saale:

II. Zyklus - Konzert

Leitung: **Carl Schuricht**

Solist: **Milstein** (Violine)

Orchester: **Städtisches Kurorchester.**

Vortragsfolge: Hugo Herrmann: Konzertmusik für Streichorchester, Trompete, Klavier und drei Pauken; F. Mendelssohn-Bartholdy: Italienische Symphonie, A-Dur; Pet. Tschalkowsky: Violin-Konzert; F. Smetana: „Die Moldau“, symphonische Dichtung.

Eintrittspreise: 2.20, 2.70, 3.20, 4.20, 5.20 Mark. Fremdenloge: 6.20 Mark.

Samstag, den 29. Oktober 1932, ab 20.30 Uhr in sämtlichen festlich dekorierten Räumen: F639

Rhein. Winzerfest und Ball

Eintrittspreis bis 18 Uhr an der Tageskasse und beim Kaufm. Verein: 1.50 Mk.; ab 19 Uhr an der Tageskasse: 3 Mk.

Der Europa-Kunstflugmeister **Gerhard Fieseler** fliegt am SONNTAG, den 30. OKT. beim **Flugtag** auf dem Flughafen Wiesbaden-Mainz. Beginn 14.30 Uhr.

Ueberwinterung

von Personenwagen, Motorrädern, Liefer- u. Lastwagen im Lagerhaus

Adolf Beck

Wiesbaden-Biedrich, Wälder Str. 8. Tel. 60062. Monatl. Miete 3-5 Mk.

Achtung!

Unionbristets 1.35 RM, Näh II-III 1.80 RM, Festschrot 1.60 RM, Anthrazit II 2.80 RM, Eier- u. Anthrazit 1.80 RM.

Rats auf gefüll. Anfrage. Alles frei Keller. Offerten unt. W. 5086 an Annoncenfrem. Mainz.

Schuhwaren-Groß-Verkauf

neue leiche Modelle enorm billige Preise

Schuhhaus Drachmann

Neugasse 22 305

Parterre und 1. Stock.

la grane Edelbirnen

12 Pf. A. Steser, Rheingauer Str. 5, S. P.

THALIA

Voranzeige!

Lil Dagover

Otto Gebühr

in

Die Tänzerin von Sanssouci

Die Ballerina des Königs

Großer historischer Tonfilm.

Jugendliche haben Zutritt!

Autofahrten

auch Hochzeits- u. Beerdigungsbildd. billig. 6-Siger. Tel. 26201. Mitfahrstr. 17.

Umzüge u. Transporte

aller Art mit verbedtem Auto u. eigen. superl. Deuten w. fachmännisch, gewissenh. u. bill. ausgef. Peter, Gerichtstr. 1. 1. Ecke Moritzstr. Tel. 22447.

Deutsche Molkerei

Süßrahmbutter

Pfund 128

Erstklassige Marktbutter 138

Unübertroffene Oldenburg. 144

Vindensblüt-Schleuder-Bienenhonig naturrein

das Beste u. Feinste, was erhältlich.

Pfund 114

bei 5 Pf. 110, ohne Glas, ausgewogen oder in Glasdeckel.

Schwänke

Nachfolger, Schwalbacher Str. 59. Telefon 27414.

WALHALLA

Heute zum ersten Male!

Anny Ondra

in ihrer glücklichsten Leistung, faszinierender denn je, mit

Hermann Thimig

als Partner in

„kiki“

Der Lebensweg einer Choristin

„kiki“ war einer der größt. Bühnenerfolge der Welt! Dazu ein ausgezeichnetes Ensemble:

Berthe Ostyn — Paul Otto Willi Schaeffers

Sie alle — unter der bewährten künstlerischen Regie Carl Lamac — garantieren für einen Film, der auch den verwöhntesten Ansprüchen des Publikums gerecht wird.

Ein Film, den sich alle ansehen sollten, die das Lachen nicht verlernen wollen!

Hierzu eine fabelhafte Bühnenschau:

Barrycks u. Comp.

die artistische Sensation vom Wintergarten Berlin

und ein „Walhalla“-Vorprogramm.

4, 6.15, 8.30 Uhr.

Donnerstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr im Kasino, Friedrichstraße

Vortrag

Suggestion und Autosuggestion

und ihre neuesten praktischen Ergebnisse.

Aus dem Inhalt: Suggestion u. Zellschwingungen, Einfluss der Suggestion bei Erkrankungen von Nerven, Herz, Magen, Verdauungsstörungen, Migräne, Gicht, Asthma u. a. m. Autosuggestion u. 218. Nur durch Suggestion Aufstieg u. Überwindung der Not der Zeit.

Vortragende: Frau M. Gerald, Leiterin des Institutes für praktische Psychologie in Saarbrücken.

Preise: 0.80, 1.20, 2.00 Mk.

Vorverkauf: D. Frenz, G. m. b. H., Langgasse 4, Schottenfeld & Co., Kolonnenaden, und an der Abendkasse.

Donnerstag ist der letzte Spieltag des Programms, von dem man spricht I.

Dolly Haas

Reinhold Schünzel, Lucie Mannheim in „Herr u. Frau Neureich laden ein“ II.

Siegfried Arno, R. A. Roberts in

Keine Feier — ohne Meyer

Freitag Premiere des neuesten

Lucie Englisch

-Tonfilms: Ballhaus Goldener Engel

Die Künstlerin persönlich anwesend

FILM-PALAST

Raff. Landestheater

Donnerstag, 27. Okt. 32.

Großes Haus.

Stammreihe C. 8. Bork. Zum 30jähr. Dirigenten-Jubiläum Rich. Tannert.

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Anfang 19½ Uhr.

Ende gegen 22¼ Uhr.

Preise B v. 1.25 RM. an.

Kleines Haus.

Stammreihe IV. 7. Bork.

Der Dummkopf.

Lustspiel in 5 Akten von Ludwig Kulla.

Anfang 20 Uhr.

Ende gegen 22¼ Uhr.

Preise III v. 0.90 RM. an.

1902-1932

30 JAHRE ETAGE

ACHTUNG!

Jubiläums-Spezialangebot!

Diese Spezial-Angebote im Zeichen des Etagen-Jubiläums dürfen als eine Leistung ganz überragender Art bezeichnet werden. In einem Augenblick, da alle Preise am Weltmarkt wieder anziehen, ist dies jedenfalls eine Kaufgelegenheit, wie sie immer nur per Zufall einmal vorkommt!

Der Geheimrat-Anzug

Nichts könnte besser in das Etagen-Jubiläum passen, als dieser ganz hervorragende und seit vielen Jahren beliebte Spezial-Anzug! Der Geheimrat (auch Pfeffer und Salz genannt) ist in seinem herrlichen und ungemein praktischen, unempfindlichen Muster des Oberstoffes der Beste aller Anzüge!

Geheimrat A:

50⁵⁰

Geheimrat I: 61.- Geheimrat II: 72.-

Außerdem 10% Jubiläums-Rabatt, der an der Kasse in Abzug gebracht wird.

LÖWENSTEIN

Mainz, Bahnhofstraße 13, I. Etage.

Größte Auswahl der Branche am Platze

Rochbrunnen-Konzerte.

Donnerstag, den 27. Oktober 1932.

11 Uhr:

Früh-Konzert

am Rochbrunnen. Ausgeführt von der Kapelle Karl Böhm.

1. Ouvertüre Tragique von Jercz.

2. Spanische Tänze, 1 und 2, von M. Moszkowski.

3. Vorhings Lieblingslieder von E. Urbach.

4. Die guten alten Zeiten, Walzer von Vol. Strauß.

5. Erläute von Ganne.

6. Deutschlands Ruhm, Marsch von Schröder.

Kurhaus-Konzerte.

Donnerstag, den 27. Oktober 1932.

16.30 bis 18.30 Uhr: Tanz-See.

Abonnements-Konzerte.

Leitung: Kurkapellmeister Herbert Albert.

16 Uhr:

1. Ouvertüre zur Oper „Der König von Sietar“ von Adam.

2. Ballettszenen aus der Oper „Kassia“ v. P. Delibes.

3. Overtüre: Rhythmischer Tanz; Sumla; Trapat.

4. Potoschlumen, Walzer von E. Offen.

5. Fantasia aus der Oper „Tiefenland“ von E. d'Alber.

6. Ouvertüre zur Operette „Marinarella“ von Rucil.

7. Offenbachiana von H. Contradi.

7. Der alte Fritz, Marsch von F. v. Blon.

Eintrittspreis für Nichtabonnenten 0.75 Mk.

20 Uhr:

1. Cortolan-Ouvertüre von L. v. Beethoven.

2. Largo von Händel.

3. Solovioline: Konzertmeister Rudolf Bergmann.

4. Feiertaglicher Zug zum Münster aus der Oper „Robert der Teufel“ von R. Wagner.

5. Ein Karnevalsstück von E. Hartmann.

6. Marsch: Mozart; Introduktion e. Ballo; Intermezzo: Tarantella.

7. Polentapalier-Walzer von Rich. Strauß.

8. Ouvertüre zur Operette „Die Fledermaus“ von Joh. Strauß.

Eintrittspreis für Nichtabonnenten 0.75 Mk.

Neues aus aller Welt.

Würde sich England anders verhalten?
Ein anglikanischer Bischof zur deutschen Gleichberechtigungsforderung.

London, 25. Okt. Der Bischof von Ripon, Dr. Burroughs, nahm heute als Vorsitzender der Diözesan-Konferenz in Leeds in einer Rede in bemerkenswerter Weise zu der Abrüstungsfrage und dem Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung Stellung. Der Glaube, daß wir einem Kriege näher sind als je seit dem Waffenstillstand, so betonte er, ist heute weit verbreitet. Er kritisierte den Völkerbund, „der zur Hauptbühne für die Krieger der Siegermächte geworden sei“, anstatt ein gemeinsamer Zusammenkunftsort, wo das Allgemeinwohl erhöht werden könnte. In einer solchen Atmosphäre könne natürlich die ganze Pflanze der Abrüstung nicht gedeihen, und die Abrüstungskonferenz habe sich im Juli mit einer hohen Formel vertagt, die wenig oder viel bedeuten könnte und im voraus entwertet werde durch zwei Weigerungen, nämlich die Ablehnung des Hoover-Vorschlages und die Weigerung, offensive Waffen wie Tanks und Bombenflugzeuge aufzugeben, die eben darum, weil man sie als offeniv betrachtete, Deutschland im Jahre 1919 verboten worden waren. Dennoch hätten sich die Mächte, die Deutschland entwaffneten, 1919 verpflichtet, dies nur als einen ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung zu behandeln und dieses Versprechen 1925 feierlich erneuert, als die Kriegsschiffe in Locarno begraben wurden und Deutschland in den Völkerbund eintrat. Ist es erstaunlich, rief der Bischof aus, wenn Deutschland, nachdem diese Versprechen im Jahre 1932 sich noch immer als einen festen Baupfeiler erwiesen haben, teils unter dem Druck der inneren Politik öffentlich erklärte, daß es nicht zur Abrüstungskonferenz zurückkehren könnte, wenn sein Anspruch auf Gleichberechtigung nicht anerkannt würde? Da die anderen Mächte nicht gewillt sind, auf sein Niveau abzurufen, obwohl sie sich dazu verpflichteten, müssen sie zumindest seine Gleichberechtigung anerkennen. Würde England unter denselben Umständen eine andere Haltung einnehmen? Das wirkliche Problem sei moralischer Art, und der Zweck seiner Rede sei, darauf hinzuweisen, daß die Krise, die der oberflächliche Beobachter auf eine plötzliche Wiedergeburt „deutscher Anmaßung“ zurückführe, tatsächlich die unvermeidliche Folge einer Politik sei, die grundlegend unmoralisch, sowie wirtschaftlich katastrophal und politisch unklug sei. Wenn wir genügend klar sehen und bescheiden genug sind, fuhr der Bischof fort, so werden wir der deutschen Regierung danken für eine augenscheinliche Hartnäckigkeit, die die Welt zu dem zurückbrachte, was noch immer das wahre Problem ist, wie im August 1914. Auf jeden Fall hat diese Hartnäckigkeit die Regierungen ernüchtert und sie bewogen, der allgemeinen Abrüstung neue Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei abgelehnt.

Scharfe Kritik Lloyd Georges.

London, 26. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Im Verlauf der Dienstagssitzung des Unterhauses sprach Sir Herbert Samuel im Namen der Liberalen Partei bei der Erörterung über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei. Samuel, der vor einigen Wochen als liberaler Minister aus der Regierung ausgeschieden ist, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Weltwirtschaftskonferenz trotz den durch Ottawa in den Weg gelegten Hindernissen nützliche Ergebnisse zeitigen werde, und machte Vorschläge zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Lloyd Georges, der sofort nach Samuel das Wort ergriff, richtete aufs neue ironische Angriffe gegen Samuel, der mit seinen bisherigen Ministerkollegen die Schuld daran trage, daß die von der Arbeiterregierung geplanten Notstandsarbeiten nicht zur Durchführung kamen. „Vor allem andere, insbesondere das Verlassen des Handels und für Ottawa, sei Samuel mitverantwortlich, nachdem er vor 12 Monaten die Wahlparole zu Gunsten der britischen Regierung abgegeben habe. Lloyd George übte scharfe Kritik an der vor kurzem gehaltenen Rede des Gouverneurs der Bank von England, Montagu Norman, der ausdrücklich erklärt habe, er sehe keinen Ausweg. Das sei der Mann, so rief Lloyd George aus, der mehr als irgend ein anderer seit zehn Jahren die englischen Kabinette beherrscht habe. Lloyd George verlangte schließlich eine Krisenbekämpfung auf dem Weg volkswirtschaftlich nützlicher Notstandsarbeiten, durch die einem großen Teil der Arbeitslosen geholfen werden könnte.

Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei wurde schließlich mit 462 gegen 55 Stimmen abgelehnt.

Rücktritt Lantons als Sachverständiger.

Reinigungsverschiedenheiten mit der englischen Regierung. London, 25. Okt. Sir Walter Lanton hat seine Funktion als Wirtschaftssachverständiger im Vorbereitungsausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung niedergelegt.

Er hat in einem Schreiben an den Premierminister u. a. erklärt: Es bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und mir über die neuen Maßregeln, die erforderlich sind, um dem internationalen Handel seine Bewegungsfreiheit wiederzugeben. Die Regierung ist der Meinung, daß das gewünschte Ergebnis vielleicht durch individuelle Verhandlungen mit fremden Regierungen in den Grenzen der in Ottawa erreichten Vereinbarungen unter strikter Aufrechterhaltung unserer Rechte als meistbegünstigte Nation erreicht werden kann. Ich fürchte, daß die zweiseitige Verhandlungsmethode auf das Schutzollsystem in der Welt im allgemeinen wenig Einfluß ausüben würde. Da eine radikale Änderung in der Welt handelspolitisch in Aussicht steht, so glaube ich nicht, daß die Weltwirtschaftskonferenz in der Währungsfrage irgendein befriedigendes Ergebnis bringen kann.

Macdonald hat in Beantwortung des Schreibens Sir Walter Lantons seinem Bedauern über dessen Rücktritt Ausdruck verliehen. Man dürfe nicht behaupten, daß alles, was die Regierung vorschlägt, dahingehe, individuelle Handelsverträge abzuschließen, die lediglich darauf hinausläufen, daß England als meistbegünstigte Nation behandelt werde, um ein Höchstmaß von vorteilhafter Behandlung zu erreichen. Ich glaube, so fügte Macdonald hinzu, daß die Hauptdifferenz zwischen uns die verschiedenartige Einschätzung der Fortschritte ist, die auf den von Lanton empfohlenen Richtlinien erreicht werden können. Diese Fortschritte hängen von der Politik anderer Länder ebenso sehr ab wie von unserer eigenen Politik.

Abänderung des deutsch-afrikanischen Handelsvertrags.

Eine Folge von Ottawa.

Pretoria, 25. Okt. Mit Rücksicht auf die Abkommen von Ottawa ist der Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Südafrikanischen Union in der Weise abgeändert worden, daß es der Union möglich ist, für Waren, die in Großbritannien, den Dominions, den britischen Kolonien und Mandatsgebieten hergestellt sind, Präferenzen zu gewähren, ohne daß diese Präferenzen auf Deutschland Anwendung finden. Die Abänderung bedarf der Ratifizierung, jedoch haben die deutsche und die südafrikanische Regierung vereinbart, daß sie vom 24. Oktober an vorläufig in Kraft treten soll. Sie findet jedoch keine Anwendung auf Waren, die vor dem 13. Oktober nach der Union verladen worden sind.

Bankier Hinge im Untersuchungsgefängnis.

Gertrud Bindernagels Befinden nicht besorgniserregend.

Aus Berlin wird berichtet: Der Bankier Wilhelm Hinge, der nach seinem kriminalpolizeilichen Verhör dem Vernehmungsbüro beim Amtsgericht Charlottenburg vorgeführt werden soll, ist zunächst von der Polizei in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden.

Der Zustand der Sängerin Gertrud Bindernagel wurde von den behandelnden Ärzten als zufriedenstellend bezeichnet. Man hofft, die Patientin am Leben erhalten zu können, falls nicht noch Komplikationen durch eine etwaige schwere Bauchfellentzündung hinzukommen. Im Augenblick aber ist das Befinden nicht besorgniserregend. Bei der Operation ist übrigens das Geschick noch nicht entfernt worden, da man festgestellt hat, daß es sich um einen ungefährlichen Stetschuh handelt.

Ein „Museum der Attentate“ wird aufgelöst.

Ein eigenartiges Museum im spanischen Königschloß. — König Alfons sammelte Erinnerungen an Attentate. — Eigenartige Reliquien.

Unter den zahlreichen Sammlungen im spanischen Königschloß befindet sich auch ein „Museum der Attentate“, das jetzt nach spanischen Zeitungsmedien aufgelöst werden soll. Zahlreiche Anschläge wurden in vergangenen Jahrzehnten auf das Leben des damaligen Königs Alfons unternommen. Der König hat stets eine Anzahl von Andenken an die verschiedenen Anschläge, denen er ausgesetzt war, gesammelt. So kam dieses eigenartige „Museum der Attentate“ zustande. Das zahlreiche geschichtlich denkwürdige Gegenstände birgt. Da ist zum Beispiel der Revolver, mit dem der Attentäter vom 10. Januar 1903 auf den Wagen des Königs schoss. Da sind mehrere Bombenteile, die von den Attentatanten am 31. Mai 1905 in Paris und vom 31. Mai 1906 in Madrid stammen. Der Galawagen, in dem die Königin bei der Rückkehr von der Trauung saß, als der Attentäter Morral eine Bombe schleuderte, ist auch hier zu sehen, ferner der Blumenstrauß, unter dem der Attentäter eine Bombe versteckt gehalten hatte. In Malaga wurde ein Attentat mit einer Schußwaffe ausgeführt, die dem Verbrecher im letzten Augenblick aus der Hand geschlagen wurde. Auch diese Schußwaffe hat hier eine Stätte gefunden. Der König betrachtete diese Andenken vielleicht mit Recht als Amulette, denn glücklicherweise ist er niemals durch alle die vielen Anschläge, die gegen ihn unternommen wurden, ernstlich gefährdet. Das Leben eines Königs von Spanien war, wie aus dieser Sammlung hervorgeht, recht dornenreich, und das seltsame Museum zeigt, mit wie gro-

ßen Gefahren die hohe Stellung des Monarchen verbunden war. Bei diesen Erinnerungsstudien handelt es sich nicht um irgend eine Laune oder einen Spleen, denn sie waren alle bestimmt, ein Leben gewaltsam zu beenden, und haben darum nicht nur geschichtliche, sondern auch persönliche Bedeutung. In der Sammlung befinden sich auch zahlreiche Druckschriften, die die Attentate und Attentäter betreffen, so daß daraus die Hintergründe aller dieser verbrecherischen Anschläge zu erkennen sind. Wenn jetzt das „Museum der Attentate“ aufgelöst wird, dann wird damit die letzte Erinnerung an die Schreckensstunden eines Mannes verschwinden, der jetzt als harmloser und friedlicher Bürger fern seiner Heimat lebt. — Ein Gegenstück zu diesem „Museum der Attentate“ in Madrid ist das „Museum der Revolution“ in Lissabon, das im Jahre 1913 eingerichtet worden ist. Auch hier sind zahlreiche geschichtliche Andenken an eine aufgeregte Zeit vereinigt worden. Als das Museum errichtet wurde, wurde es von den damaligen Revolutionären mit Begeisterung begrüßt. Heute sind alle diese Erinnerungsstücke stark verstaubt, denn was damals als besondere Heldentat angesehen wurde, erscheint im Lichte der Geschichtsforschung als recht zweifelhaft und garnicht so sehr heldenhaft. Dieses „Museum der Revolution“ fristet augenblicklich ein ärmliches Dasein in einem kleinen Saal des ehemaligen Königschlosses, der den Namen „Saal der Revolution“ führt.

Selbstmord Kommerzienrats Delaportes. Kommerzienrat Delaportes in Bayreuth, der im Prozeß gegen die Direktoren der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 6000 Mark verurteilt worden war, hat sich mit Gas vergiftet.

Betriebsunfall auf der Rosenberger Maximilianshütte. Aus Rosenberg (Oberpfalz) wird berichtet: Bei der Wiederinbetriebsetzung der bisher stillgelegten Hochöfen der Maximilianshütte ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Aus undicht gewordenen Leitungen strömte Gas aus, wodurch 28 Hüttenarbeiter teils schwere, teils leichte Gasvergiftungen erlitten. Glücklicherweise besteht in keinem Falle Lebensgefahr.

Ein frecher Juwelenraub. In der stark belebten Dammthorstraße in Hannover wurde am Dienstagmittag kurz vor 3 Uhr von einem Manne die Ladenscheibe eines Juweliergeschäftes mit einem Stein eingeworfen. Der Täter riß ein Tablett mit Schmuckstücken, zumeist Brillantringen, im Gesamtwerte von 15 000 bis 20 000 Mark an sich und ist mit seiner Beute auf dem Fahrrad entkommen.

Verkehrsunfall in Leipzig. Zwischen einem Kraftwagen und einem Straßenbahnwagen ereignete sich in Leipzig ein Zusammenstoß, bei dem zwei Personen getötet und eine schwer verletzt wurden. Der Kraftwagen wurde zertrümmert.

Die eigene Frau in den Brunnen geworfen? Der Besitzer Vallaß in Stendal fand auf seinem Gartengrundstück im Brunnen die Leiche seiner seit Juni d. J. vermißten Schwiegertochter. Man darf als sicher annehmen, daß der Chemann der Toten, der 29 Jahre alte Maurer Vallaß, die Frau in den Brunnen geworfen hat. Er hat sich, nachdem er zunächst gesteht, daß der Bericht gestellt. Vallaß hatte bisher stets angegeben, seine Frau hätte ihn böswillig verlassen.

Reichwehrangehörige wegen Waffenverkaufs verhaftet. Vom Reichwehrministerium wird die Meldung bestätigt, daß in Königsberg vier Reichwehrangehörige wegen verbotenen Verkaufs von Waffen an Zivilisten verhaftet worden sind. Die betreffenden Soldaten versuchten, zwei Pistolen und Munition zu verkaufen. Sie wurden den Gerichten zugeführt.

Die tanzenden Skelette. In Venedig wurde leithin der Polizei eine Anzeige erstattet, daß in einem obstruktionellen Lokal seit einigen Tagen ein schauerlicher Betrieb herrsche. Ein Mann, der neben dem Lokal wohnte, behauptete, bemerkt zu haben, daß man in dieses Lokal Leichen und Totengerippe brächte, und daß die Besucher des Lokals mit diesen Gerippen tanzten. Die Polizeibeamten hörten diesen Bericht etwas unglaublich an, gingen dann aber am Abend doch hin, um diesen Betrieb zu befechtigen. Da stellte sich denn heraus, daß der Inhaber des Lokals zur besonderen Unterhaltung seiner Gäste eine Reihe von jungen Männern und Mädchen engagiert hatte, die in labil schwarze Gewänder gehüllt wurden, auf denen mit Hilfe von Phosphor oder einer anderen im Dunkeln leuchtenden Masse Gerippe und Totenköpfe aufgemalt waren, so daß, wenn der Raum nur ganz schwach erhellt wurde, in der Tat der optische Eindruck entstehen mußte, als bewegten sich hier Totengerippe. Die Polizei fand also keinerlei Grund zum Einschreiten.

Durch Yo-Yo ertrunken. Yo-Yo hat sich sehr schnell die Welt erobert, die Großen und die Kleinen vergnügen sich gleichermaßen damit. Ein zehnjähriges kleines Mädchen ist aber jetzt dem Yo-Yo-Spielen zum Opfer gefallen. In einer Glasgower Schule haben die einzelnen Schulklassen geradezu leidenschaftliche Wettbewerbe veranstaltet, um die Yo-Yo-Meisterschaft festzustellen. Nun war eine große Yo-Yo-Konkurrenz beschlossen, bei der die Lehrer der Schule als Schiedsrichter eingeladen waren, um zu entscheiden, wer das Yo-Yo am geschicktesten handhabte. Die Kinder übten in jeder freien Sekunde, vor allem der Weg von und zu der Schule wurde zur Übung ausgenutzt. Ein kleines Mädchen war so eifrig in das Spiel verfallen, daß es überhaupt nicht merkte, daß es sich dem Wasser genähert hatte, in das es im Eifer des Spieles fiel. Obwohl sofort jemand hinter dem Kind hersprang, konnte es nicht mehr gerettet werden.

WERBE-VERKAUF

Möbelhaus Herbst

Größte Ausstellung von Wiesbaden und Mainz

Anlässlich der Wiesbadener Verkehrswoche vom 23.-30. Oktober veranstalte ich einen großen

Auf alle regulären Preise Werbe-Rabatt von 10 Prozent erhalten Sie einen

Sichern Sie sich diese Gelegenheit, hochwertige Qualitäts-Möbel zu niedrigsten Preisen zu erhalten.

Friedrichstraße 34

Das Haus für gutbürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

Sport und Spiel.

Fußball.

Der DFB in großen Nöten.

Der Spelausschuß des Deutschen Fußball-Bundes befindet sich in nicht geringen Schwierigkeiten, haben doch verschiedene für Budapest vorgesehene Spieler dem Bund eine Absage erteilt. So müssen zunächst Schütz und Gramlich, dann aber auch der Pforzheimer Fischer ersetzt werden. Nach Überwindung von mancherlei Schwierigkeiten wurde jetzt folgende Mannschaft zusammengestellt:

Tor: Jakob (Jahn Regensburg);
Verteidigung: Huber (Karlsruher FK), Wendt (1890 München);
Läuferreihe: Jones (Fortuna Düsseldorf), Weinberger (SpVgg. Jülich), Knöpfle (FSV. Frankfurt);
Angriff: Albrecht (Fortuna Düsseldorf); Lehner (1890 München), Kall (Reuthe 1909), R. Hofmann (Dresdener SK.), Kobierski (Fortuna Düsseldorf).

A-Klasse, Gruppe Rheingau:

Nach einer spielfreien Woche wurden die Verbandsspiele im Rheingau am vergangenen Sonntag fortgesetzt. Die Position des Meisterschaftsanwärters SpVgg. Elville hat sich weiter verbessert. Diesem gelang zu Hause ein verdienter 4:1-Sieg gegen den recht stabilen SV. Niederrhein, nachdem letzterer bei Halbzeit noch mit 1:0 in Führung gelegen hatte. Am gleichen Tage aber büßte der bisherige Tabellenzweite FK. Riedrich im Treffen auf dem Gelände des FK. Deßlich mit 1:4 sehr wertvolles Terrain ein und fiel an die dritte Stelle zurück. Der SV. Hattenheim ist nach einem knappen 2:1-Sieg in Rauenhain wieder etwas aufgekommener. Schließlich stellte der FK. Erbach seine aufstrebende Form durch einen 4:1-Sieg über den SV. Frauenstein erneut unter Beweis. Es führten nunmehr:

1. SpVgg. Elville	9	8	—	1	42:7	16
2. FK. Deßlich	9	6	1	2	27:6	13
3. FK. Riedrich	9	6	—	3	37:10	12
4. SV. Hattenheim	9	6	—	3	16:15	12

Wiesbadener Spiele.

Sportvereins Rezerve erzielte gegen die in ihrer Abteilung führende 2. Elf der SpVgg. Aktel ein 2:2 (1:1). Die Jugend-Abteilung des SV. Aktel war spielfrei. — FK. 1902 Biedrich stellte seine Rezerve der 2. Elf des FK. Nassau entgegen, die jedoch mit 0:0 eine fruchtlose Niederlage mit nach Hause nehmen mußte. Die 3. Mannschaft spielte gegen die 2. Elf des SV. 1910 Biedrich 2:2. Das Jugendtreffen fiel aus. Die Schüler bezwangen die Schüler des FK. 1908 Schierstein knapp mit 2:1. — Spielvereinigung 2. Garnitur hatte mit 2:4 gegen die entsprechende Einheit des FK. 1908 Schierstein das Nachsehen. Die 3. Elf hielt gegen die 2. Mannschaft des FK. 1908 2:2. Die Jugend gastierte bei dem SV. 1910 Dohheim und brachte einen 4:2-Sieg mit nach Hause. Auch die SpVgg. Schüler gewannen gegen die Schüler des SV. 1910 ihr Treffen mit 3:0. FK. Dohheim ließ seine 2. Elf gegen die dritte Einheit des Lokalgegners SV. 1910 starten, um mit 4:0 zu siegen. Dagegen erlitten die FK. Schüler gegen die FK. Schüler mit 2:5 eine einwandfreie Schlappe. FK. Nassau machte nachträglich noch seine 2. Elf mobil, die in Bad Schwalbach gegen die gleiche Garnitur des dortigen SV. antrat und 2:1 siegte. Die Nassau-Jugend gewann in Born ihr Spiel mit 3:3. Riders 2. Mannschaft hatte die 3. Elf des FK. 1908 Schierstein zu Gast, um nach abwechslungsreichem Treffen, das kurz vor Schluß noch 2:1 für die Gäste stand, knapp mit 3:2 zu gewinnen. Die Jugend war ohne Spiel.

Handball D. S. V.

Die Zwischenrunde um den DSB-Pokal.

Süddeutschland — Westdeutschland 14:8 (8:5).

Mitteldeutschland — Brandenburg 7:5 (1:4).

Für das Endspiel am 12. März nächsten Jahres haben sich Süddeutschland und Mitteldeutschland durchgesetzt. Es ist das zweitemal, daß die Süddeutschen so weit vorgekommen sind. Ihren ersten Schlussspiel, 1929, haben sie mit 13:6 gegen Brandenburg bestritten. In Darmstadt gelang dank variantenreichen Stürmerpielen, dem die westdeutsche Läuferreihe nicht wirkungsvoll genug zu begegnen wußte, in schnellem, spannendem Kampf ein derart überzeugender Sieg über den derzeitigen Inhaber des Wanderpokals, daß Berechtigte Hoffnung auf eine Wiederholung dieses bis jetzt einmaligen Erfolges besteht. In Weidenfels erlagen die Berliner, nachdem sie zunächst 4:0 in Führung gegangen waren, trotz sehr gefälligen Spiels im Endkampf den wuchtigeren und zweckmäßigeren Angriffen der Mitteldeutschen. Das süddeutsche Verbandsgesamt, „Der Rider“, hebt von unserem Wiesbadener Schiedsrichter Müller, der das Treffen leitete, hervor, daß er dabei gleich vollkommen pfliff wie beim Länderspiel gegen Österreich.

Radsport.

Die 49. Tagung des Bundes deutscher Radfahrer.

Der Bund Deutscher Radfahrer hielt am Sonntag in Dortmund seine 49. Bundestagung ab. Seit 34 Jahren tagte er zum erstenmal wieder in dieser Stadt. Mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnete der 1. Vorsitzende, Eggers-Berlin, die Tagung, die für die Stadt Dortmund von Dr. Schmidt begrüßt wurde. Nach Verlesung einiger Auszeichnungen an verdiente Bundesmitglieder wurde die Tagesordnung eröffnet. Zunächst gab der 1. Vorsitzende einen fast einstündigen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Trotz einiger Enttäuschungen konnten die Schuldlasten bis auf 20.000 Mark herabgemindert werden. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Aussprache an, die sich bis zur Mittagspause in der Hauptsache mit dem „Fest der Heimat“ in Köln befaßte, das aber immer noch der Erledigung harri. Der Vorstand wurde einstimmig in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Eine lebhafte Debatte gab es erst wieder bei der Festsetzung des Beitrages. Hier waren 15.994 Stimmen für den Antrag des Bundesvorstandes, der einen Beitrag von 7 Mark wünscht (gegen 7696 Stimmen). Die 34 Anträge, von denen kaum einer die größte Öffentlichkeit interessiert, wurden mehr oder minder eingehend besprochen. Der Vorsitzende des Spelausschusses gab sodann einen ausführlichen

Bericht über den Verlauf der letzten Saison. Nach mehreren Jahren — seit 1927 — konnte der Bund diesmal wieder den Amateurweltmeister der Fliegerfahrer in dem Kölner Richter stellen. Infolge der Ausführlichkeit dieses Berichtes kamen viele Anträge in Fortfall.

Jugendertüchtigung des DDF.

Ein Jugendführerlehrgang in Schloßborn.

Der Bund Deutscher Radfahrer, der seine Freizeitaktion abgeschlossen hat und im Laufe der Wintermonate nur mit Hallen- und Saalsportveranstaltungen an die Öffentlichkeit treten wird, rüstet bereits für das kommende Sportjahr, wobei ein ganz besonderes Augenmerk der Jugendertüchtigung gewidmet ist. Ein Beweis hierfür ist der in der Zeit vom 28. bis 31. Oktober in Schloßborn stattfindende Jugendführerlehrgang, wo die Jugendführer auf allen Gebieten des deutschen Sportes eine gründliche Ausbildung erhalten. Auch der Wiesbadener Radsport ist bei diesem Lehrgang vertreten durch den Gaujugendführer H. Ring, Velociped-Klub Wiesbaden, und den Jugendführer R. Kai, Radsportklub 1900 Bietfeld.

Hauptgautag des Gau Mittelrhein DDF.

Am Sonntag, 30. Oktober, hält der Gau Mittelrhein DDF seinen diesjährigen Hauptgautag in Mainz ab. Herr A. Haybach, 1. Vorsitzender des DDF in Dortmund, wird dort einen Bericht über die Bundestagung, sowie über die weiteren Wege und Ziele des DDF, halten, auch ist man bemüht, auf dem Hauptgautag das endgültige Sportprogramm für 1933 festzulegen.

Schwimmen.

Trifolzwang für Sportschwimmer?

Die vielbewohnte preußische Polizeiverordnung über die Badeleitung hat leider auch gerade für die Schwimmersportler eine sehr ernste Seite. Der Deutsche Schwimmverband hat sich deswegen mit Recht an die zuständige Stelle gewandt, um eine Milderung der teilweise unmöglichen Bestimmungen zu erreichen. Es würde für die vielen tausend Sportschwimmer männlichen Geschlechts heute eine untragbare Belastung bedeuten, müßten sie sich für alle öffentlichen Badebetriebe geschlossene Trikots anschaffen. Heute haben fast alle Bäder Familienbetrieb und die Ver-

eine müssen dort trainieren können. Letzten Endes aber wären bei strenger Auslegung der Bestimmungen auch die gemeinsamen Abgangstunden der Vereine „Familienbad“, also trifolzwangspflichtig, von öffentlichen Schwimmfesten ganz abgehehen. In der ganzen Welt dürften bisher Sportschwimmer in ihrem von der FIM. anerkannten Dresskoden, jetzt muß ausgerechnet Deutschland, wo die Not am höchsten steht, durch derartige Forderungen die sportliche Tätigkeit noch erschweren wollen? Es ist deshalb nur dringend zu wünschen, daß der Schritt des DDF, Erfolg hat, wenn nicht für tausende von Schwimmersportler aller Leibesübungen treibenden Verbände die sportliche Arbeit unterbunden werden soll.

Schach.

In einem Wettkampf auf zehn Partien zwischen Großmeister Spielmann und dem 19jährigen Elis Kases in Linz siegte der Innsbrucker Jungmeister 5½:4½.

Sport-Rundschau.

Der bekannte Mittelfürmer des 1. FK. 1908 Schierstein, Peter Gohmann, der früher schon mit größtem Erfolg für den SV. Wiesbaden spielte, erhielt für hervorragende Leistungen im Dienste des süddeutschen Verbandes und seines Vereins vom Süddeutschen Fußballbund die Verbandssehrendnadel verliehen.

Die 1. o. Niederlage von Pissulla hat den Deutschen Sportausschuß veranlaßt, dem Berliner das Bogen aus gesundheitlichen Rücksichten bis zum 17. November zu verbieten. Die Wiedererteilung einer Starterlaubnis hängt ganz von dem ärztlichen Attest ab. — Aus dem gleichen Grund wurde auch dem Leipziger Gebstedt die Lizenz bis auf weiteres entzogen.

Der Süddeutsche Fußball- und Leichtathletikverband hat jetzt zwei interessante Repräsentativtreffen fest abgeschlossen. Am 4. Dezember spielt der Süden gegen die Pariser Liga in Paris, während er am 1. Jan. eine oberitalienische Elf in München empfängt.

Der vielfache Weltrekordmann im Freistilschwimmen, der ausgezeichnete Schwabe Arne Borg, der bereits vor einigen Jahren Professional geworden ist, wird demnächst in allen größeren Städten Europas Gastspiele geben. Die Tournee wird am 30. Oktober in Berlin ihren Anfang nehmen.

Die deutsche Kunstlaufmeisterin von 1919, 1920 und 1922, Elli Winter, die zuletzt in der Schweiz als Eislauflehrerin tätig war, ist nach schwerem Leiden gestorben.

In Göteborg hatte der bekannte Hamburger Ringer J. Bödel zwei schöne Siege gegen den Olympiasieger Malmberg und dessen Landsmann Almön aufzuweisen.

Die Teufelsmühle am Imatra.

Naturwunder in Südwestfinland.

Von Dr. Erwin Stranitz.

Steiniger Boden. Feisblöcke, Übermannshoch, wuchend auf nicht minder hartem Grund. Kahle Platten, dann Moos, tiefgrün, — weich und warm wie ein orientalischer Teppich. Mulden und Geröll, hierauf wieder zwei, drei Meter hohe Gesteinstrümmen, als ob eine gigantische Riesenschlange ein ungeheures Urweltmassiv zersprengte. Bäume, Fichten, Kiefern, auch ein paar weiblindende Birnen mit Wurzeltrallen, die geblähten Nervenbündeln ähneln und die wenige Erde, die sich hier findet, bis zur letzten Kraft aussaugen, dazwischen. Der Himmel überall der Romantik nur schwach sichtbar. Die höchsten Kadeläste stehen in sein blaßes Blau, zerstören die gemessene Einheitlichkeit seiner mächtigen Kuppel. Wolkenfetzen, weißlich, silbern, oder auch grau, umrändern die Lichtspitze der Sonne, lassen sich von ihnen aufspießen, als ob sie Schmetterlinge wären, die ein Kind jammelt. Sich zum Vergnügen und dem bunten, glühenden Falters zum Leid.

Und dazu das Weiße im Ohr, der braunende Lärm, der vom Querschnitt der Imatrafall, herüberdringt und die ganze Luft erfüllt, daß sie ständig schwankt und jitters, ein erregter Ozean des Jons.

Das ist die Umgebung der „Teufelsmühle“. Jene Umgebung, in der ich jetzt weile, und die ich so sehr liebe, weil sie die unendliche Macht der Natur offenbart in all ihren Schauern und Entzücken.

Dieses Tal des Jons! — Millionen Jahre alt vielleicht, — jedenfalls schon seit den Tagen der Eiszeit ein Kampflager der Elemente. Der Urfels, hemmend und voll Trotz gegen das mittelfinnländische Seengebiet, sich aufreißend, wünscht seiner Macht allein die Herrschaft und Herrlichkeit. Doch Wasser und Eis sind gefährliche Gegner. Sie liegen nicht in Augenblicken, sondern in Hunderttausenden von Jahren, die für sie so wenig sind, wie für uns eine Woche oder gar nur ein paar Stunden.

Die Gletscher kamen vom hohen Norden. Schoben ihre eisernen Eise bis zur Ostsee herab, möglicherweise noch weiter, — noch tiefer und noch südlicher. Brachten Geröll, Schutt, Steinplücker mit sich. Und letzten Stein gegen Stein, bohrten die gleichen Elemente gegeneinander, überprüften ihre Härte und Schärfe wie Reden, die den funkelnden Stahl ihrer Klängen proben. Und hatten sich hier, am Imatra, in die Felsen. Zerspalten, zerrissen, zerlöchernt sie.

Man muß sehr achten, wenn man jetzt hier geht. Überall klaffen Sprünge, tun sich geheimnisvolle Löcher auf. Tief führen sie ins Erdinnere hinab, man sieht auf ihrem sonnenlosen Grund blaueschwarzes Wasser schimmern. Grundwasser wohl, nicht Überrest eines Regens, der hier ja während mancher Monate so selten.

Und die Risse und Klüfte mehrten sich. Bis man schließlich vor einer Fülle von Löchern steht, die sich in den glatteingeschnittenen Fels einbohren, so tief, daß man ihr Ende überhaupt nicht mehr bemerkt. Ein paar magere Bäume werfen ihren spärlichen Schatten über die Gletschermühle. Trotzdem erkennt man deutlich das Wert der Vergangenheit. Kann sich vorstellen, wie die andringenden Eismassen hier, sobald sich das Gestein nur ein wenig porös zeigte, ihre Moränenkräfte einsetzten und sie in immer wiederholten Wirbeln, — Mühlen gleich, — in den Fels bohrten. Bis dieser selber zu einem Schacht wurde, breiter stets und stets tiefer, — und daneben ein zweiter sich aufstufte, dem ein dritter folgte, und so fort.

Erst das Ende der Eiszeit beschloß dieses Werk. Da die Gletscher, von geänderten klimatischen Verhältnissen befreit, sich nach Norden zurückzogen; jetzt wurden die Trichter und Mühlen sichtbar und unzählige kleinere und größere Steine, Klumpen, Blöcke, fand man, die alle seltsam glatt und rund geschnitten sich präsentierten. Die größten Blöcke liegen am Imatra. Und der Mensch, der nun auch in jene eisfreien

Gegenden kam, befreizte sich beim Anblick derartiger Naturphänomene; und weil er die Gletscher nicht mehr sah, schrieb er das getane Werk dem Teufel zu. Weshalb diese Stelle noch heute, kaum zehn Minuten vom Staatshotel von Imatra entfernt, die „Teufelsmühle“ heißt.

Und jetzt kommt das Ergögliche, daß sich zu diesen romantischen Wunder der Welt die Bedachtnahme auf den Fremdenverkehr gesellte. Der, in Finnland noch aus reinem Herzen entwickelt, vor allem auch eine Reinheit des Landschaftsbildes anstrebt.

Ich traute nicht meinen Augen, als ich es das erste Mal sah. Da stand ich auf dem Ballon meines Hotelzimmers, tief unter mir die glühenden, tobenden, brausenden Wasser des Jons, der hier mit ungeheurer Wucht durch ein schmales, steiniges Bett dahinschießt, ein einziger Riesenschwallbel tollerender, phantastischer Schnelligkeit. In seinem Wasser schwimmen zahllose Holzstämme, die derart auf billige Weise von den Jäl-Badungen am Saima stromabwärts befördert werden. Sie tauchen aus der Tiefe empor, verschwinden wieder im Strudel, stellen sich auf, gleich Menschen, die gegen die feindlichen Wogen anämpfen, sinken neuerlich unter und sind doch niemals verloren; denn am Ende des Katastraks, wenn sich die ungebärdige Kraft bezähmt und die Wogen glätten, treiben auch die Holzstämme, die unterdessen ihre ganze Rinde abgestreift haben und blank wie die Steine der Teufelsmühle aussehen, den stillen Ufern zu, wo sie sich selbständig aufrichten und gleich braven Rekruten in Reih und Glied ordnen. Die Holzarbeiter aber brauchen sie nur aus dem Wasser zu holen und an die Sonne zum Trocknen zu tragen, ehe ihre Formung und Verladung in die Sägewerke beginnt.

All dies sah und bedachte ich und mein Bild, den ich die Wasser auf sich zogen, schweiften nun die Ufer empor. Ich bemerkte die spizen Klippen und blanken Felsen, die der Teufelsmühle vorgelagert sind, bewunderte diese urzeitlichen Granite, die sich in weiterer Höhe mit himmelstreichendem Wald bedecken. Und zwischen ihnen taucht plötzlich eine Gestalt auf: ein kämmiger Finne, breitschultrig, flachbäusig, macht sich an dem Felsen zu schaffen. Ich nehme mein Fernglas, beobachte ihn näher. Was tut dieser Mann?

Er ist mit zwei Besen bewaffnet. Einem, der aus dünnen Ästen zusammengefügt ist, und einem zweiten, der eigentlich ein Bündel frischen Birkenlaubs darstellt. Und mit diesen beiden Dingen fängt nun der Mann an, die Felsen abzuheben. Er tut es mit frommer Andacht, langsam und gründlich, so sauber und abtrot, als ob er einen Kurs für Studienmädchen mitgemacht hätte. Oder eigentlich noch besser als jene. Den er unterbricht seine Tätigkeit nicht, er pukt und schuert, wipst und legt voll heiligen Eifers und tut dies immer noch, als ich schon lange dem Ballon verlassen habe und auf die Teufelsmühle zutrete, um ihn bei seiner Arbeit aus der Nähe zu betrachten.

Bis ich mit dem Finnen ins Gespräch komme. Und nun höre: daß der Mann Staatsangehöriger ist, Bediensteter des Ballton Hotells und die verbrieft Aufgabe hat, hier die Landschaft rein zu erhalten. Er muß die Naturwunder des Landes wie Museumsstücke, da den Finnen das Herz bräut, wären die alten Felsblöcke grau, schmutzig und nicht so sauber wie ein blinkender Messingtrug. — „Denn“, sagt der Mann, „höchste Pflicht der Menschenkinder ist vor allem Reinlichkeit“. Wobei er mich von oben bis unten ansieht. Und ich mir rasch und tief erlösend den dritten Knopf meiner Weste schließe im Anblick der Teufelsmühle und der dräuenden Felsblöcke, damit sie nicht voll Entsetzen über mir zusammenstürzen und meine Unordentlichkeit mit mir begraben als verabscheuungswürdiges, abschreckendes Beispiel aus der Fremde.

Sind die Töpfe angebrannt, **IMI** macht sie wieder blank!



Nichts widersteht **IMI**'s reinigender Kraft. Ankrustungen, und seien sie noch so dick und hart, schwinden im heißen **IMI**-Wasser im Nu. Mühelos sind sie zu entfernen. So geht's mit jeder Unsauberkeit, wo **IMI**'s starke Hand im Spiele ist. Und wieviel freie Zeit es Ihnen schenkt, wie es Ihre Gesundheit schont... und sparen hilft! Nur 20 Pfennig kostet ein Paket, das lange reicht, wenn Sie das bewährte Spar-Rezept befolgen: Einen Eßlöffel voll auf einen Eimer heißes Wasser.

Wo Reinheit lacht — hat **IMI** Pate gestanden.

zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät!

Hergestellt in den Persilwerken.



Vertreter: Rudolf Haas, Walkmühlstraße 42, Tel. 26691.

1574

Die glückliche Geburt eines
Sohnes
zeigen hocherfreut an

Heinrich Laufer u. Frau,
geb. Leht.

Wo kauft die sparsame Hausfrau? In der Metzgerei Bobrich

Faulbrunnenstraße 5.

la Ochsenfleisch	Pfd. 0.58 Mk.
Frisches Rindfleisch	Pfd. 0.44 Mk.
Frisches Gulasch o. B.	Pfd. 0.50 Mk.
Frisches Hackfleisch	Pfd. 0.50 Mk.
la Hammelfleisch	Pfd. 0.65—0.80 Mk.
Täglich frische Fleischwurst	Pfd. 0.56 Mk.
Frische Bratwurst	Pfd. 0.56 Mk.

Ferner empfehle ich sämtliche Wurstwaren zu den bekannten Preisen.

Versuchen Sie meine ganz vorzügliche
Extra-Leberwurst . . . ¼ Pfd. 0.25 Mk.

Die Zusammenstellung der Kaffeemischungen ist eine Kunst. Sie gründet sich auf reiche Erfahrung und eine feine Zunge.

Kaffee Kees vorzüglicher Kaffee untersteht ständig fachlicher Kontrolle. 1 Pfd. von 1.95 bis 4.—
Emil Kees, Große Burgstraße 16

Sichere Existenz für Herrn od. Dame!

Spezial-Geschäft der Lebensm.-Branche, mod. einger., allerb. Lage, billige Miete, zu verm. Erforderlich ca. 5000 RM. Offerten unter B. 134 an Tagbl.-Verlag.

Männergesang-Verein „Friede“

Nachruf.

Unseren Mitgliefern die traurige Mitteilung, daß unser Ehrenmitglied

Herr Karl Ober

im Alter von beinahe 84 Jahren durch den Tod abgerufen worden ist. Wir verlieren in dem Verstorbenen ein Mitglieð, das 48 Jahre in vorbildlicher Treue unserem Verein gedient hat. In Treue werden wir seiner stets gedenken.
Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, sowie für die schönen Kranz- und Blumenspenden sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Schmitt für die trostreichen Worte, sowie den lieben Hausbewohnern für die schöne Kranzspende herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Marg. Faust, Wwe.
und Angehörige.

Wiesbaden, den 26. Oktober 1932.
Drudenstraße 10.

Bin zur **Allgemeinen Ortskrankenkasse Wiesbaden**, sowie allen RVO.-Kassen (auch Behandlung von Wohlfahrtsempfängern) zugelassen.

Dr. med. Armin Feibelman
prakt. Arzt

Sonnenberger Str. 3 (Haltestelle Leberberg)
Telephon 24785 • 8—10 3—5 Uhr.

Dr. med. H. J. Oberdörffer

spricht Freitag, 28. Oktober, 20 Uhr im Saale des Hotels Metropole, Wilhelmstraße 10, über:

Nervenleiden

die Krankheit unserer Zeit.

Nervenschwäche, Gehirn- u. Rückenmarksleiden, Neurasthenie, Epilepsie, Gedächtnisschwäche und deren Heilung. — Die Wechselbeziehungen vom Nervenleiden zum Geschlechtsleben. Nervenverbrauch im Berufsleben.

Montag, 31. Oktober, 20 Uhr im Saale des Hotels Metropole, Wilhelmstr. 10, über:

Arterienverkalkung

die gefürchtete Alterserscheinung des modernen Kulturmenschen, deren Heilung und Verhütung.

Hoher Blutdruck, Herzklopfen, Schlaganfall, Fettleibigkeit, Gelenkleiden, Gicht, Rheuma, Verstopfung und Verdauungsstörungen durch falsche Ernährung, das Grundübel aller Krankheiten. Regelung der trägen Verdauung, Darmreinigung, Entlastung und Entgiftung der Leber, Galle, Nieren und Blutzirkulation. Neue Heilwege zur Überwindung der Alterserscheinungen und Erhaltung von vollkommener Gesundheit, Jugendlichkeit, Elastizität und Leistungsfähigkeit bis ins hohe Alter.

Nach jedem Vortrag Fragenbeantwortung.

In der Pause Lichtbilder. — Eintrittskarten zu RM. 1.50 u. RM. 1.— Erwerbslose gegen Ausweis RM. 0.70. — Vorverkauf: Reformhaus „Helios“, Wilhelmstr. 16, und Reformhaus „Jungborn“, Rheinstr. 71.

2 große öffentliche Vorträge!

Hastreiter's Hämorrhoidal

Kräuter-Sitzkissen

DRP. a. DRGM. a.

Schwerste Hämorrhoiden

nachweisbar in kürzester

Zeit geheilt. Prospekt u.

Auskunft kostenlos durch

K. Weidner

Wiesbaden Walramstraße 10, 1

Royal

Kabillie und mod. Klein-
schreibmaschine von Welt-
ruf für Heim und Büro.
ab 10 RM. monatl. Rente.
Büro-Einrichtungshaus
G. m. b. H., Bahnhofstr. 8

Anstedsblumen

B. von Santen

Frindrichstr. 41, an der Naugasse.

Tafelobst

Boston, graue Renette.

Ananas, Äpfel u. Koh-

äpfel, liefert reell. Obst-

süchter. Zu erfr. Tel. 25344



Süße Tage!

Spekulatius	¼ Pfd. 18 Pf.
Aachener Printen	¼ Pfd. 20 „
„ „ m. Schok.	¼ Pfd. 30 „
Dominosteine	¼ Pfd. 28 „
Spitzkuchen	¼ Pfd. 23 „
Pfeffernüsse, wB.	¼ Pfd. 13 „

Persipan-Kartoffel ¼ Pfd. 18 Pf.

Marzipan-Kartoffel ¼ Pfd. 35 „

Hamburger Kaffee-Lager Thams & Garis

Kirchgasse 43 Kirchgasse 1 Wellritzstraße 12
Telephon 26992 Moritzstraße 32

Brot mit Roggenmark!

Höchster Nährwert!

100 g Brot mit Roggenmark haben einen Vitamingehalt wie 1—2 Eßlöffel Lebertran. Keine Preiserhöhung des Brotes, deshalb für jeden. 1237

Zu haben in folgenden Bäckereien:

Kremer, Seerobenstraße 26 — Telephon 23859
Sander, Bleichstraße 21 — Telephon 22919
Bretschneider, Albrechtstraße 5, Telephon 26776
Massing, Karlstraße 41 — Telephon 22202

Staubsauger

L.D. Jung

Progress 90.-, Protos 79.50 usw. Kirchgasse 47

Statt Karten.

Dienstag nachmittag entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Frau Elise Stritter, wwe.

geb. Kraft

im 78. Lebensjahr.

Familie Georg Stritter
Wiesbaden, Wielandstr. 3

Familie Karl A. Stritter
Nahant Mass. USA.

Wiesbaden, 26. Oktober 1932.
Dotzheimer Straße 36.

Feuerbestattung: Freitag vormittag 11 Uhr auf dem Südfriedhof. — Blumen-
spenden und Beileidsbesuche dankend verbeten.

1242



Gesunder Schlaf



Starke Nerven



Gesteigerte Arbeitskraft

DISADO-

TABLETTEN

W. Z. ges. gesch.

ORIG.-PACKG. RM. 1.-

TAUNUSAPOTHEKE

WIESBADEN

FERNRUF 26306

Teleph. Bestellungen

werden prompt durch

Eilboten erledigt. 4201

* Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont u. St. i. R., Winkel und Wiesbaden. Die Gesellschaft beruft zum 9. November eine Generalversammlung. Laut Bericht der Liquidatoren wurden zwei Wohnhäuser veräußert. Das vorübergehende Aufsichtsratsvorsitzende übernommene Baugrundstück wurde im Zwangsversteigerungsverfahren erworben und davon 11 Parzellen verkauft. Die Klage gegen die Rheinische Treuhänder AG. wurde in letzter Instanz verloren. Durch die vorgeschlagene Einziehung von 700 000 M. Stammaktien wurde der Verlust bei 76 000 M. Abschreibungen und unter Veräuflichung von 41 000 M. nicht in Anspruch genommene Rückstellungen auf 255 000 M. (904 000 M.) gemindert. Befristlich wurden 1931 40 Prozent als erste Liquidationsrate auf das Aktienkapital gezahlt, so daß per Ende 1931 das Kapital noch 380 000 M. betrug. Seitdem hat die weitere 11 Prozent ausgeschüttet, insgesamt also 51 Prozent.

